

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1928

1 (2.1.1928)

Volksfreund

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE VOLK MITTELBADENS

Anzeigenpreise Die 9000000 Millimeterzeile kostet 10 Pfennig, für einwöchige 12 Pfennig, Gelegenheitsanzeigen und Stellenangebote 6 Pfennig. Die 1000000 Millimeterzeile 45 Pfennig o. höher nach Tarif, der bei Nichterfüllung des Zeitungsplanes, bei gerichtlichem Verfahren und bei Anzeigen anderer Art ist o. Verlagspreis, bei gerichtlicher Verurteilung und bei Anzeigen anderer Art ist o. Verlagspreis.

Beilagen: Illustrierte Wochen-Beilage „Volk und Zeit“ Die Musik- und Sport- und Spiel- / Heimat- und Wandern- Sozialisches Jungvolk / Frauenfragen - Frauenschutz

Bezugspreis monatlich 2,30 Mark o. ohne Zustellung 2 Mark o. Durch die Post 2,40 Mark o. Einzelpreis 10 Pfennig o. Erscheint 6 mal wöchentlich wochentlich 11 Pfennig o. Postfachkonto 2850 Karlsruhe - Geschäftsstelle und Redaktion: Karlsruhe I, 2. Hofstraße 22 o. Fernruf 7000 und 7021 o. Postfach-Konto: Karlsruhe, Westendstraße 22; Baden-Baden, Friedhofstraße 20; Rastatt, Friedrichstraße; Offenburg, Langstraße 21

Nummer 1

Karlsruhe / Montag, den 2. Januar 1928

48. Jahrgang

Die Aussichten für 1928

Das Bürgerkriegsjahr 1927 ist so zu Ende gegangen, wie es begonnen hatte: mit innerem Gezänk und Krach unter den Regierungsparteien und im Reichskabinett. Der neueste Konflikt hat seinen Ursprung in der Abgrenzung unterbreitung zwischen Briand und Stresemann in Genf am 11. Dezember. Schon im September hatte Briand dem deutschen Außenminister zu verstehen gegeben, daß von einer Wiederaufnahme der Verhandlungen über die Räumung des Rheinlandes, über das Saar-gebiet und vor den Neuwahlen in Frankreich und Deutschland keine Rede sein könnte. Regierungen, die „sterbende Parlamente“ vertreten, hätten nicht die genügende Autorität, um weittragende außenpolitische Abmachungen zu treffen. Stresemann hatte sich mit diesem an sich begründeten Standpunkt Briands abfinden müssen, zumal er dessen wirklichen Sinn durchaus begriff. Erst mußten die Deutschnationalen aus der Regierung verschwinden, dann würde die Bahn für die deutsch-französische Verständigung frei werden. Bei der neuen Aussprache zwischen Briand und Stresemann im Dezember kam der Wille zur möglichst baldigen Wiederaufnahme der Verhandlungen von Thoiry herüber zum Ausdruck. Aber die Vorbedingung blieb natürlich dieselbe: neue Parlamente, neue Regierungen.

Darauf hat nun Stresemann in der letzten Sitzung des Auswärtigen Ausschusses am 20. Dezember durchaus einseitige Anspielungen gemacht. Man mußte aus seinem Bericht den Eindruck gewinnen, daß eine zwar nicht formelle, jedoch stillschweigende Verabredung zwischen den beiden Außenministern vorlag, die Wahlen in beiden Ländern möglichst gleichzeitig stattfinden zu lassen, um dann so schnell wie möglich über die Räumung zu verhandeln. Kaum hatte Briand aus dem Munde Stresemanns diese Absicht vernommen, da beschwor er die Deutschnationalen an Len Minister, das Unglück baldiger Neuwahlen von den deutschnationalen Hauptern abzuwenden. Die deutschnationalen Kabinettsmitglieder laßen sehr erstaunt und verblüffert wahrheitsgemäß, daß ein Kabinettsbeschuß über eine Reichstagsauflösung im Frühjahr nicht vorliege. Man ließ, wie in solchen kritischen Fällen üblich, zu Hindenburg, dem „Retter“ in der deutschnationalen Not, man drückte auf Marx, man bearbeitete Scholz und man ließ die deutschnationale Presseleute los, die im Chor erklärten, es wäre unwürdig, die deutschen Wahlen zeitlich von den französischen Wahlen abhängig zu machen. Marx redete sich darauf hinaus, zunächst müßte das Kabinettsmitglied seiner Ehe mit Reudell, das Reichsgericht, aus der Taufe gehoben werden. Scholz, der die Gelegenheit mit Freuden aufgriff, Stresemann in Verlegenheit zu bringen, erklärte, er lebe nicht ein, warum der Reichstag nicht bis zum nächsten Dezember weiter gelebt solle.

Jetzt weiß Stresemann wieder aus noch ein: er möchte zwar die Koalition eines natürlichen Todes im Frühjahr sterben lassen, will sie aber auch nicht vorzeitig sprengen. Andererseits will er sich auch nicht vor Briand blamieren und sich dem Vorwurf aussetzen, er habe es nicht einmal durchsehen können, daß die Räumungsverhandlungen bereits im Mai oder Juni beginnen. Mit dieser neuen Sorge torfelt nun Stresemann ins neue Jahr hinein.

Wir Sozialdemokraten können der weiteren Entwicklung mit Gelassenheit entgegensehen. Ob die Wahlen im Frühjahr oder Dezember stattfinden, ihr Ausgang ist uns nicht zweifelhaft. Wir brauchen nur die trampschlechte Verweigerung zu beobachten, mit der die Deutschnationalen den Tag der Abrechnung hinauszuschieben versuchen. Aber die Angelegenheit hat auch ihre ernste Seite. Sie beweist, daß den Deutschnationalen das Schicksal des Rheinlandes ganz gleichgültig ist. Lieber soll die fremde Besatzung

dreiviertel Jahr länger fort dauern, als daß sie auf einen Tag an der Regierungstrippie verzichtet möchten.

Frühzeitige Wahlen

Einen Vorgeismad der Wahlen, mit denen die Deutschnationalen im kommenden Wahlkampf operieren werden, bietet ein Kommentar der Eugenberger Presse zu der Erklärung des Sozialdemokratischen Parteivorstandes über die Luxemburg-Resolution. Die Eugenberger entblößen sich nicht, unter der Ueberschrift „Die SPD für Kontrolle des Rheinlandes“ zu behaupten, die deutsche Sozialdemokratie hätte in Luxemburg einer „ewigen Rheinlandkontrolle“ zugestimmt, obwohl aus der Resolution selbst so wenig wie aus der einsehenden Schilderung der damaligen Diskussion für diese Behauptung auch nicht der geringste Beweis abzulesen werden kann, vielmehr das gerade Gegenteil einleuchtend in Erscheinung tritt. Bemerkenswert an dieser deutschnationalen Geschichtsfälschung ist aber das folgende: Knapp drei Wochen nach der Luxemburger Konferenz hat Deutschland in Genf einer Neuregelung der Militärkontrolle zugestimmt, in der es heißt:

„Die Militärkontrolle des Westerbundes soll sich auch auf die in Artikel 42 ff. des Friedensvertrages vorgesehene Entmilitarisierung des Rheinlandes erstrecken.“

Dieses amtliche Schriftstück vom 11. Dezember 1926 trägt die Unterschrift Stresemanns. Die Deutschnationalen haben sich mit dieser Regelung einverstanden erklärt, und bei ihrem Eintritt in das Reichskabinett vier Wochen danach sich durch die bekannten „Richtlinien“ zu allen früheren außenpolitischen Verpflichtungen Deutschlands bekannt. Der einsige Unterschied zwischen der amtlichen Politik der Reichsregierung hinsichtlich der Rheinlandkontrolle und der angeblichen sozialdemokratischen „Extrakt“ in Luxemburg besteht darin: Stresemann und die Deutschnationalen haben sich mit dem Ausschreit einer militärischen Kommission abgefunden, während die deutsche Sozialdemokratie gemeinlich mit den Sozialisten der übrigen Völkerstaaten die Bestimmung einer solchen Kommission mit solchen etwaigen Nachprüfungen vorgezogen hätte! Außerdem wird das deutschnationale Sprachrohr der Sozialdemokratie patetisch vor, daß sie in ihrer Erklärung ein französisches Votumsrecht anerkennt, während dieses Recht laut Art. 481 des Versailler Vertrages längst nicht mehr bestünde, da Deutschland alle seine Verpflichtungen erfüllt habe. Demgegenüber muß man fragen, was denn die Deutschnationalen bisher getan haben, um ihre angebliche Auffassung, daß Frankreichs Votumsrecht erloschen sei, durch politische Handlungen zu bekräftigen? Seit fast einem Jahre sitzen vier deutschnationale Minister im Reichskabinett. Ist in dieser Zeit auch nur ein einziges Mal ein offizieller Schritt erfolgt, um diese Rechtsauffassung vor der Welt zum Ausdruck zu bringen? Nichts ist geschehen, ja, es wird seit einem Jahre über die Räumung der besetzten Gebiete nicht einmal mehr verhandelt. Die Bürgerkriegsregierung hat zwölf Monate lang das fortdauernde Votumsrecht Frankreichs allein durch ihre Passivität stillschweigend anerkannt. Es ist allerdings leichter, die deutschen Sozialdemokraten zu verleumdern, weil sie gemeinsam mit den ausländischen Bruderparteien die besten Mittel und die schnellsten Wege suchen, um der von ihnen gemeinsam verworfenen Bestimmung ein Ende zu machen!

Neujahrsempfang beim Reichspräsidenten

Berlin, 2. Januar. (Funkdienst.) Am Sonntag fand bei dem Reichspräsidenten der übliche Neujahrsempfang des diplomatischen Korps, der Reichsregierung, des Reichsrats, der preussischen Regierung und des Reichstagspräsidenten statt. Dabei wurden Reden zwischen dem Reichspräsidenten, dem Vizepräsidenten des diplomatischen Korps, Amintus Pacelli, und dem Reichsanwalt ausgetauscht. Die Erwartung der deutschnationalen Presse, daß sich der Reichspräsident u. a. gegen Reichstagsmaßnahmen vor dem eigentümlich vorgezeichneten Termin wenden würde, ist nicht in Erfüllung gegangen. Hindenburg begnügte sich hinsichtlich der Wahl mit dem Wunsch, daß sie in Ruhe und Frieden vor sich gehen werde.

Die Wirtschaft beim Wehretat

In der neuesten Stimme der demokratischen Hilfe wird zum Reichswehretat u. a. geschrieben:

„Im neuen Haushalt der Reichswehr gibt es Unbegreiflichkeiten genug. Die Beeresleistung von heute zählt 982 Köpfe, während das preussische Kriegsministerium 1914 nur 619 Personen stark war. Heute kostet die Intendantur 5 1/2 Millionen, während sie 1912 nur 4 1/2 Millionen kostete. Die Instandhaltung der paar Geschütze kostet heute 5 1/2 Millionen, während 1912 der unendlich größere Artilleriepark nur 2 1/2 Millionen Instandhaltungskosten verlangte. Drei Millionen geben wir für Instandhaltung des Gas-Schutzgerätes aus. . . Das sind Ziffern, die zu Zweifeln zwingen. Alles, was zur wirklichen Förderung der vorerwähnten Wehrmacht dient, soll zugeföhrt werden. Aber der Verdacht, daß sich hinter solchen Ziffern Geheimnisse verbergen, liegt zu nahe, als daß man nicht davon beeinflusst wird.“

Steigende Indexziffer

Berlin, 31. Dez. Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung, Bekleidung und „sonstiger Bedarf“) beläuft sich nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamtes für den Durchschnitt des Monats Dezember auf 151,3 gegen 150,6 im Vormonat. Sie ist somit um 0,5 Prozent gestiegen. Bei den Ernährungsausgaben wird die Steigerung für Gemüse und Kartoffeln durch Nachgeben der Preise für Fleisch nur zum Teil ausgeglichen. Die Bekleidungsansgaben haben ihre Aufwärtsbewegung fortgesetzt. Die Indexziffer für die einzelnen Gruppen betragen (1913=100) für Ernährung 152,8, Wohnung 125,4, Heizung, Beleuchtung 146,4, Bekleidung 161,7, für den „sonstigen Bedarf“ 185,0.

Aus dem Sowjet-Paradies

Die Sozialversicherung in Sowjetrußland leidet schon seit langer Zeit an einem großen Geldmangel. Immer wieder meldet die Sowjetpresse, daß die Auszahlung von Renten nicht rechtzeitig erfolgen kann, weil die Kassen nicht über ausreichende Mittel verfügen. Im Trud (28. 12. 27 Nr. 295) wird zu diesem Thema folgendes berichtet: „Die Gouvernementskassen von Wladimir machen eine arge finanzielle Krise durch. Es ist kein Geld zur Auszahlung von Renten vorhanden. Die Auszahlung von Renten geraten auf diese Weise in eine außerordentliche Kostlage. Die finanzielle Krise ist dadurch hervorgerufen, daß die Wirtschaftsorgane und die Behörden ihre Sozialversicherungsbeiträge sehr nachlässig entrichten. Am 1. November betrug die Verschuldung an die Versicherungsanstalt 970 000 Rubel, gegenwärtig hat sie bereits 1 Million erreicht. Eine Reihe von Behörden zahlt 3 bis 4 Monate keinen Rubel an Versicherungsbeiträgen.“

Theaterkrach in Berlin

Berlin, 2. Januar. (Funkdienst.) Die Silvesterfeier im Staatlichen Schauspielhaus in Berlin wies von Thaka konnte nicht zu Ende geführt werden. Das Publikum erzwang kurz nach der großen Pause durch kühnliche Kundgebungen, gegen die die Schauspieler nicht aufkommen konnten, den vorzeitigen Abbruch der Vorstellung.

Die Gehaltsverhandlungen mit den Reichs- und Staatsangestellten abgebrochen

Berlin, 31. Dez. Die im Reichsarbeitsministerium geführten Verhandlungen über die Bezüge der Reichs- und preussischen Staatsangestellten haben, wie VDB-Blitz erzählt, zu keinem Ergebnis geführt. Die Angelegenheitenorganisationen haben deshalb heute Nachmittag die Verhandlungen abgebrochen und der Reichs- und preussischen Staatsregierung eine länger formulierte Erklärung übermittelt, in der sie darauf hinweisen, daß in vielen Fällen die den vergleichbaren Beamten geltend zu machenden Ansprüche nicht gewährt werden. Der Reichsarbeitsminister wird von den Angelegenheitenorganisationen um Einleitung des Schlichtungsverfahrens gebeten.

Neujahrswort an die britische Arbeiterschaft

London, 30. Dez. (Ein. Drahtbericht.) In seiner Neujahrswort an die britische Arbeiterschaft stellt der Generalsekretär der Arbeiterpartei und Präsident der Arbeiter-Internationale Henderson fest, daß das vergangene Jahr für ungezählte Arbeiter ein Jahr der Entbehrungen gewesen sei. Auf die bevorstehenden Neuwahlen anspielend, spricht Henderson die Hoffnung aus, daß das Jahr 1928 die Arbeiterpartei in England werde, der Bevölkerung größere praktische Dienste als jemals in ihrer bisherigen Geschichte zu leisten. „Ein Sieg der Arbeiterpartei“, so fährt Henderson wörtlich fort, „wird den Massen der Arbeiterschaft und ihren Familien solche Aussichten auf eine Verbesserung ihrer Verhältnisse und Erfüllung ihrer Wünsche bringen, daß das Jahr 1928 für die ein glücklicheres sein wird als das vergangene Jahr.“ In ähnlicher Weise betont Ramsay MacDonald in seiner Neujahrswort an die Partei, daß das Jahr 1928 sich als eine Wendung in der Geschichte der Arbeiterpartei erweisen werde. MacDonald fordert deshalb die Partei auf, alle Sonderbestrebungen und Wünsche hinter die Notwendigkeit der Parteieinheit zurückzustellen. „Falls unsere Anhänger“, so schließt die Wortwahl ab, „in solcher Art der Partei dienen, so werden die nächsten Wahlen, die unumgänglich länger als ein Jahr hinausgeschoben werden können, eine gesunde Vermehrung der sozialistischen Stimmen und die Wiederkehr einer Arbeiterregierung mit sich bringen.“

Drei Könige kommen!

Die Reichsregierung gerührt sich den Kopf, wie sie die drei Könige unterbringen soll, die für 1928 ihren Besuch angekündigt haben. Sie will ein leeres Hohenzollernschloß zur Verfügung stellen.



Man kann doch heutzutage nicht mehr drei Könige in einem Saal empfangen!

Ein neues Geflügelgeheimnis

Berlin, 2. Januar. (Zurückdienst.) Der Montag Morgen weiß heute von „einem neuen Geflügel-Geheimnis“ aus München zu berichten. Darnach unterhält Geflügel dort ein Korrespondenzbüro, das bisher große Unsummen verschlungen haben soll, von denen man nicht weiß, ob sie von Dr. Geflügel privat gegeben worden sind, oder etwa aus Staatsmitteln stammen. Es handelt sich um den Süddeutschen Zeitungsdienst, der insbesondere während der Aufstellung der Kandidatur zur Reichspräsidentenschaft Geflügels, in Bayern gute Dienste geleistet haben soll. Der Reichswehrminister wird nicht umhin können, auf diese Dinge einzugehen und der Öffentlichkeit klar zu machen, was die Sache betrifft.

Aufruf der polnischen Sozialdemokratie

Berlin, 2. Jan. (Zurückdienst.) Die polnische sozialdemokratische Partei hat am 1. Januar anlässlich der bevorstehenden Neuwahlen einen Aufruf erlassen, in dem sie für die Autonomie der geschlossenen Minderheiten und für die Autonomie des Winnaergebietes eintritt. Sie fordert gleichzeitig den vollen Aufschwung der Arbeitslosen, die Verhaftung der Militärdienstzeit und die Abschaffung der Todesstrafe.

Schwere Folgen einer Neujahrsnachtschießerei

Gerensbach (Murgtal). (Eigene Meldung.) Infolge einer Schießerei in der Neujahrsnacht wurde ein 40-jähriger Mann durch einen Streifschuss verletzt, ein 16-jähriges Mädchen an der Hand, sowie ein junger Bursche. Alle drei Verletzte in Hofmanns wohnhaft, mußten sich in das Krankenhaus in ärztliche Behandlung begeben. Auch die Verletzung des ermittelten Täters, der von ihm in Murgtal stammt, ist schwerer Natur. — Am Sonntag wurde in bedenklichem Zustande ein Mann ins Krankenhaus eingeliefert, der von einem Motorradfahrer angefahren wurde.

Neujahrsamnestie in Bulgarien

Sofia, 30. Dez. (Eig. Bericht.) Anlässlich des Neujahrsfestes wurden durch einen königlichen Ukas gegen 200 Gefangene begnadigt; davon 64 völlig, die übrigen erhielten Strafmilderungen. Der allergrößte Teil der Begnadigten sind politische Gefangene. Obgleich sich fast die gesamte Opposition für eine breite Amnestie ausgesprochen hatte, blieb die Regierung also wieder unerbittlich. Daneben durchsuchte die Polizei in der Donauabtau Kurland das Klubgebäude der unabhängigen Gewerkschaften und verhaftete 42 Arbeiter.

Freistaat Baden

Die römisch-katholische Kirche in Baden

Im Frühjahr dieses Jahres hat Weihbischof Dr. Burger aus Anlaß des hundertjährigen Bestehens der Erzbischofskurie unter dem Titel „Das Erzbistum Freiburg“ eine zusammenfassende Darstellung des kirchlichen Lebens der Erzbischofskurie in den vergangenen hundert Jahren herausgegeben. Dieses Buch findet in der vorliegenden Ausgabe die Veranschaulichung des badischen Erzbistums durch den Verzicht auf die römisch-katholische Kirche in Baden in den letzten hundert Jahren eine wertvolle Ergänzung. Nach dem Ergebnis der 1925er Volkszählung bilden die römisch-katholischen die zahlenmäßig stärkste Religionsgemeinschaft in Baden. Von den 2.312.462 Einwohnern des Landes zählten sich 1.350.479, d. h. 58,4 v. H., zur katholischen Kirche. Nur noch in Württemberg (68,0 v. H.) sind rund zwei Drittel der Bevölkerung evangelisch, in Sachsen sogar 90,3 v. H.

Wohnplätze der Katholiken in Baden sind vor allem die See- und Donauebene, der Schwarzwald, der Oberrhein und das Bauland. In den Bezirken Bruchsal und Müllheim, also in der Südwestecke des Landes, wohnen größtenteils evangelische, ebenso in Mittelbaden im Bezirk Keil; im Bezirk Emmendingen ist ebenfalls mehr als die Hälfte der Bevölkerung evangelisch. Richtig von Karlsruhe zwischen Rhein und Neckar haben die Bezirke Wiesloch und Bruchsal überwiegend katholische Bevölkerung. Trotzdem wohnt aber nach den Ergebnissen der Volkszählung von 1925 mehr als die Hälfte der Katholiken Badens (50,9 v. H.) in der Rheinebene, während sich die andere Hälfte ungefähr gleichmäßig auf den Schwarzwald und Oberrhein einerseits und die See- und Donauebene und die nordöstlichen Landesgegenen andererseits verteilt. In der Rheinebene leben die Katholiken meist mit Andersgläubigen zusammen; in den größten Städten Mannheim (102.326 Katholiken), Karlsruhe (67.355), Heidelberg (25.411) sind sie in der Minorität und nur in Freiburg (59.996) haben sie die absolute Mehrheit. Dagegen wohnen in

den kleineren Gemeinden, absonderlichen Gemarkungen, Weilern und Siedeln des Schwarzwaldes und Hügellandes vorwiegend Katholiken. 86 Gemeinden sind ausschließlich von Katholiken besiedelt, in ungefähr 550 Gemeinden sind mehr als 90 v. H. der Bevölkerung katholisch. Ingesamt haben die Katholiken in mehr als zwei Dritteln (1091) aller Gemeinden des Landes die absolute Mehrheit.

Im Laufe der vergangenen Jahrzehnte haben sich in der Verteilung der Katholiken über das Land und ihrem zahlenmäßigen Verhältnis zur Gesamtbevölkerung folgende Veränderungen ergeben: Vor hundert Jahren (1825) hatte Baden 1.133.704 Einwohner, von denen 760.955 katholisch waren; mehr als zwei Drittel (67,1 v. H.) der Einwohner Badens gehörten also damals noch zur katholischen Kirche. Nur ungefähr ein Drittel (37,1 v. H.) der Katholiken lebte in den fruchtbareren Rheinebenen, während die anderen zwei Drittel in klimatisch ungünstigeren Gegenden ihrem Erwerb nachgehen mußten. Im allgemeinen kann man also sagen, daß 1825 das agrarische Hinterland katholisch war, während die Gegenden, die Mittelpunkt des in späteren Jahren sich entwickelnden Wirtschaftslbens geworden sind, vorzugsweise von Evangelischen bewohnt waren.

In nahezu der Hälfte aller Gemeinden des Landes (737) lebten vor hundert Jahren noch ausschließlich Katholiken. Zusammen wurden in diesen abgeschlossenen katholischen Gemeinden 365.953 Personen ermittelt; es lebte also im Jahre 1825 noch rund die Hälfte der katholischen Bevölkerung Badens in Gemeinden, die ausschließlich von Katholiken besiedelt waren, heute sind es nur noch etwa 2 v. H. In ungefähr 300 weiteren Gemeinden waren vor hundert Jahren mehr als 50 v. H. der Einwohner katholisch. Wie schon im Jahre 1825 hatten die Katholiken auch im Jahre 1925 in mehr als zwei Dritteln der Gemeinden des Landes die absolute Mehrheit. Obwohl der Anteil der Katholiken an der Gesamtbevölkerung des Landes in den vergangenen hundert Jahren von 67,1 v. H. im Jahre 1825 auf 58,4 v. H. im Jahre 1925 zurückgegangen ist, ist die Zahl der Gemeinden, in denen heute Katholiken wohnen, größer als vor hundert Jahren. Das stärkere Anwachsen der andersgläubigen Bevölkerung gegenüber der katholischen hat lediglich eine starke Vermischung der einzelnen Religionsgemeinschaften in allen Teilen des Landes zur Folge gehabt.

Die neue Lohnsteuerformel

Das Gesetz zur Änderung des Einkommensteuergesetzes, das der Reichstag in seiner letzten Sitzung vor Weihnachten beschlossen hat, bringt für die Ermäßigung der Lohnsteuer folgende Vorschriften:

1. Die Ermäßigung der Steuer erfolgt diesmal nicht durch Erhöhung der steuerfreien Beträge, sondern durch einen Abzug vom Steuerbetrag in Höhe von 15 Prozent, bis zum Höchstbetrage von 2 M monatlich, 50 Pf. wöchentlich, 10 Pf. täglich usw. Diese Ermäßigung wird ohne Rücksicht darauf angewendet, ob bei der Berechnung der Steuer die prozentualen oder die festen Familienermäßigungen zugrunde zu legen sind. Ausgenommen sind nur folgende zwei Fälle: 1. einmalige Einnahmen, die neben dem laufenden Lohn oder Gehalt gezahlt werden, wie z. B. Gratifikationen, und 2. die unabhängigen Arbeiter, deren Steuerbetrag wie bisher 2 bzw. 1 Proz. vom gesamten Arbeitslohn ohne Abzug von steuerfreien Beträgen und Familienermäßigungen beträgt.

Die Berechnung der Steuer zerfällt also jetzt in zwei Teile: 1. die bisherige Berechnung, an der sich nichts geändert hat, und 2. die Berechnung der Ermäßigung, die neu hinzuzukommen ist. Ein Erlaß des Reichsfinanzministers vom 19. Dezember 1927 — III o 5500 — gibt hierfür folgende Beispiele:

a) Ein verheirateter Arbeitnehmer mit zwei minderjährigen Kindern erhält ein Wochenlohn von 42 M. Es ist das System der festen Abzüge anzuwenden. Danach sind steuerfrei: 24 + 2,40 + 1,50 = 33,90 M. 42 - 33,90 = 8,40 M., davon 10 Proz. = 0,84 M., abgerundet 0,80 M. Dieser Betrag war nach der bisherigen Regelung einzuabsetzen. Nach der vom 1. Januar 1928 ab getroffenen Neuregelung ermäßigt sich jedoch der Steuerbetrag um 15 Proz., höchstens 2 M. monatlich, 15 Prozent von 80 Pf. = 12 Pfennig. Die Steuer beträgt also künftig nur 60 - 12 = 68, abgerundet 65 Pf.

b) Ein verheirateter Arbeitnehmer mit drei minderjährigen Kindern besitzt ein monatliches Gehalt von 450 M. Es ist das prozentuale System anzuwenden. Danach sind steuerfrei 100 M., von dem Rest von 450 - 100 = 350 M. war die Steuer bisher 6 Prozent = 21 M. Dieser Betrag ermäßigt sich vom 1. Januar 1928 ab um 15 Proz., höchstens 2 M. monatlich, 15 Prozent von 21 M. = 3,15 M. Die Ermäßigung darf dabei aber nicht mit dem Höchstbetrag von 2 M. berücksichtigt werden. Die einzuabsetzende Steuer beträgt also 21 - 2 = 19 M.

2. Außerdem bringt das Gesetz eine geringfügige Erhöhung der Grenze, bis zu der Kleinbeträge an Lohnsteuer nicht erhoben werden. Bisher unterließ der Steuerabzug, wenn er wöchentlich den Betrag von 20 Pf., monatlich den Betrag von 80 Pf., nicht überstieg.

Jetzt sind diese Beträge auf 25 Pf., bzw. 1 M. erhöht worden. Der Erlaß des Reichsfinanzministers bringt hierzu nachstehendes Beispiel:

Bei einem verheirateten Arbeitnehmer mit zwei Kindern und einem Wochenlohn von 37 M. betrug die Steuer bisher 10 Proz. von (37 - 33,60 M.) = 3,40 = 0,34, abgerundet 30 Pf. Dieser Betrag ermäßigt sich vom 1. Januar 1928 ab um 15 Prozent, höchstens 50 Pf., 15 Proz. von 0,30 = 0,045 M. 0,30 Kleinbetrag nicht erhoben.

Die Wirkung der neuen Vorschriften auf die Ermäßigung der Steuerbelastung ist nach der Höhe des Einkommens und der Größe des Familienstandes erlaßt sich aus nachfolgender Uebersicht:

Monatslohn	lediger Steuerpflichtiger	verheirateter mit 2 Kindern			
bisher	künftig weniger	bisher	künftig weniger		
110	1,00	0,55	0,15	—	—
125	2,50	2,10	0,40	—	—
150	5,—	4,25	0,75	1,—	0,85
200	10,—	8,50	1,50	6,—	5,10
250	15,—	13,—	2,—	10,50	8,90
400	30,—	28,—	2,—	21,—	19,—
700	60,—	58,—	2,—	42,—	40,—

Die Uebersicht zeigt, daß die Ermäßigung sowohl bei dem Ledigen als auch bei dem Verheirateten in den unteren Einkommensstufen weit geringer ist als in den mittleren und höheren. Sie beträgt für den ledigen Steuerpflichtigen bei einem Einkommen von 110 M. nur 15 Pf. monatlich, bei 150 M. 75 Pf., bei 200 M. 1,50 M. und von 250 M. ab 2 M. Weiblich ist das Verhältnis bei dem Verheirateten mit zwei Kindern. Hier ist der Höchstbetrag der Ermäßigung von 2 M. etwa bei einem monatlichen Einkommen von 300 M. erreicht.

Wie bisher gibt auch diesmal das Reichsfinanzministerium umfangreiche Tabellen heraus, aus denen der ermäßigte Steuerbetrag ohne weitere Berechnung abgelesen werden kann. Diese amtlichen Tabellen sind getrennt für monatliche, wöchentliche, tägliche und zweifache Lohnzahlung und können von den Arbeitgebern entweder unmittelbar von der Druckerei oder durch die Reichsdruckerei oder bei den Finanzämtern unter Voranschaltung des Kreises bestellt werden. Die außerordentliche Ermäßigung der Besteuerung, die durch die neue Ermäßigungsanordnung eintritt, ist, kann aber durch diese Tabellen allein nicht befragt werden. Es ist bisher nicht gelungen, diese Tabellen allgemein einzuführen, so daß besonders in kleineren Betrieben die Gefahr besteht, daß sich die unrichtigen Abzüge häufen.

Kleine badische Chronik

Wiesloch. Samstag mittig brach in der Scheuer des Alois Nikolaus Speck in der Saupfistrale Feuer aus, das aber glücklicherweise auf seinen Herd beschränkt werden konnte. Der Viehbestand konnte gerettet werden. Die Schweine konnten erst ganz zuletzt aus dem Stall herbeigeholt werden; sie waren bis auf eines unverletzt, da der Stall aus Eisenbeton hergestell war. Der Brandgeschädigte kam erst vom Felde zurück, nachdem der Brand nicht den Viehställen überhand genommen.

Wiesloch. Der Metzger Friedrich Kobelketter in Wiesloch, dessen Anwesen kürzlich zum zweiten Male am Brand verheert wurde, ließ seine beiden Pferde beschlagnahmen und verkaufte einen. Eines der beiden Tiere mußte notgedrungen getötet werden, das andere hofft man zu retten.

Oberrhein. Am Mittwoch nachmittags löste sich im Spamerkt plötzlich eine überhängende Steinwand, die den 54-jährigen Michael Hofler unter sich begrub. Sein Kamerad Kimmig von Lautenbach entging demselben Schicksal nur durch einen geschickten Seitenrücken über den Ferkelstaken. Von den Arbeitskollegen alsbald ausgegraben und mit großer Mühe autage gefördert, war dem Bergungsluft nicht mehr zu helfen, er erlag in wenigen Stunden den schweren Verletzungen. Soferer hinterläßt drei ummündige Kinder.

Wiesloch. Gedenkfeier an allen Kirchen besetzte um die Winternachtsstunde das neue Jahr. Vor dem Katholik spielte die Kapelle des Musikvereins Choräle und andere Stücke. Durch das Knallen von Feiern und anderen Feuerwerkskörpern wurden die Musikvortrage leider sehr beeinträchtigt. Im übrigen verlief die Silvesterfeier ohne Zwischenfall.

Singen a. S. Am Silvesterabend stahl ein Arbeiter zwei Kollegen je 100 Mark und zwei Hemden. Der Gedarmerie ist es gelungen, die Diebe festzustellen, die den großen Einbruchsdiebstahl vor etwa drei Wochen in dem Lebensmittelgeschäft Friedrich Crai in der Wörthstraße begangen haben. Die Täter, ein Mann und eine Frau von hier wurden verhaftet und ins Amtsgefängnis nach Radolfzell überführt.

Schweres Blut

Roman von Zubani Aho

(Nachdruck verboten)

3 (Fortsetzung.)

„Ich glaube nicht, daß sie meinem Gehört etwas tun. Wir haben Frieden mit ihnen gehalten und tun es auch weiter. Laßt sie suerst machen, ich fange nicht an und erlaube es auch anderen nicht. Was ihr anderswo tut, ist mir einerlei, an meinem Strand wird in Friedenszeit kein Wanderer beraubt, soweit wie ein Ruf in der Nähe zu hören ist.“

„Wir machen's so, daß du nichts hörst.“

„Ich hör's.“

Zuba sagte die Worte mit solcher Bestimmtheit, daß nichts weiter hinzuzufügen war. Die Männer machten ein ärgerliches Gesicht, aber von Maria bekam er einen dankbaren Blick.

„Man hätte gar nicht kommen und euch fragen sollen.“

„Ihr hättet es machen können, wie ihr wolltet, aber dann hättet ihr nichts mehr im Gehört zu schaffen.“

„s ist doch schlimm . . . nun eben sie uns gewiß durch.“

Und was gingen die Männer, indem sie sich hinter den Obren trakteten.

„Sollte man nicht noch hingehen und die Männer warnen?“

drängte Maria. — „Wenn sie ihnen trotzdem etwas tun?“

„Das tun sie nicht, da sie einmal gefragt haben.“

„Aber sie können ihnen nachgehen und sie jenseits der Grenze austauben und totschlagen?“

„Da mögen sie tun, was sie wollen. Und sie können ihnen auch nichts antun, wenn sie erst auf den Schnellen sind.“

„Aber geh doch und warne sie!“

„Du bittest ja richtig . . . richtig schön.“

„Richtig schön, wie ich's nur kann.“

„Die haben nichts zu fürchten . . . aber ich kann ja gehen.“

Das war lange her, daß Maria in so gebeten hatte, so zu ihm gemeinen war . . .

Er erhob sich und wollte hinausgehen, als jemand an dem Fenster vorbeistritt.

„Da ist er jetzt!“ rief Maria.

„Wer?“

„Na, der Mann, von dort.“

„Deren kam ein schlanker, schwarzhaariger junger Mann, so lang, daß er sich in der fast zweimal so niedrigen Tür bücken mußte, und als er sich aufrichtete, sein Kopf die Wängsalten des Raumes streifte. Er hatte ein Bündel Säde über dem Arm.“

„De, da ist ja der Wirt!“ sprach er. „Glück ins Haus! Haft wohl nicht gewußt, daß ich kam, da du meine Walle so niedrig gemacht hast? Guten Tag auch!“

Er reichte Maria die Hand — frisch, frohlich, mit einem hellen Klang in der Stimme, die Zähne weiß schimmernd in dem feinstrahligen Bart, in den Braunen Augen ein lustiger Schall und ein sorglos freudiger Glanz.

„Woher kommst du denn?“ fragte Zuba.

„Wenn ich dir sagen wollte, woher ich komme, Wirt, dann müßte ich mich im Kreise drehen. Aus Rem, Sunftu, Archangelst, Olonez, Aho, Torneal? Verkaufst du Roggengorn?“

„Etwas könnte ich wohl ablassen, wieviel soll es denn sein?“

„Küß mir die Säde hier, das wird für diesmal genügen.“

Und er warf die Säde vor Zuba hin, während er seine Wille auf Maria richtete.

„Wieviel find's?“

„Sieh nach, sieh nach!“

„Soll ich sie jetzt gleich füllen?“

„Ja, gleich“, er musterte Maria immer noch, „und kann ich wohl ein Pferd haben, womit ich sie zum Strand fahre?“

„Dann fällt du die Säde, ich hole mittlerweile meine Männer.“

„Daß sie bei ihren Booten, ich werde dir schon tragen helfen.“

„Dann ist's gut!“

Zuba nahm die Säde und ging, um sie zu füllen. Der Fremde blickte zu Zuba gesprochen, Maria angesehen, ein Lächeln auf den Lippen, Leben in den Augen. Maria wachte nicht, weshalb seine Lippen lächelten, weshalb sich seine Augen freuten, aber auch sie lächelte dem angenehmen Fremden zu, wie er ihr.

„Wer bist du denn? Die Maad?“

„Sehe ich so aus?“

„Recht in deinen Mollkuppen läßt du wie eine Teufelene aus, bist aber wohl die Tochter, oder bist du die Schwiegermutter?“

„Vielleicht bin ich sogar die Frau. Wär ich als Frau nicht gut genug?“

„Dem seine?“

„Zuwohl.“

„Der ist dein Mann, der —?“

„Ja.“

„Deiner?“

„Ja, meiner! Was ist denn dabei — daß du so traust?“

Der Fremde schwenkte die Hand.

„D ist, ist zu alt für dich. Du bist zu hübsch und zu fein für den, den alten Kerl.“

„Den alten Kerl? Wart, bis du siehst, was für einen Sad er auf dem Rücken trägt.“

„Das Krammbein, das Valentinn! Aber dich habe ich schon einmal gesehen, wenn ich dich genauer betrachte. Du bist wohl die — ja, die bist du — derleiße Kopf, dieselbe Haltung — aber damals hättest du die Sare offen.“

„Ich? Wann?“

„Im vorigen Sommer, vor drei Sommern. Du standest dort auf der Bucht bei der Schnellle am Strand und läumtest dich — splitternat — ich bin im Boot an dir vorbeisegelt.“

„Das bist du gemein?“

„Wenn ich meinen Kahn hätte anhalten können, hätte ich dich mitgenommen.“

„Hättest du?“

„Ja. Wäre ans Land gekommen, hätte dich, mit der einen Hand unter deinem Arm umschlungen, mit der anderen deine Füße vom Boden gehoben . . . da bist sich ein Mädchen leicht, denn da muß es einem die Arme um den Hals schlingen — und hätte dich in meinen Kahn gemorsen.“

„Nur so hineinschwingen? — Du bist ein Pralban, wer du auch sein magst.“

„Wilst du nicht wer ich bin, junge Wirtin?“

„Das Gesicht verriet es nicht.“

„Haßt du nicht von Schemetta aus Ughtua reden hören?“

Er stredte sich, rechte sich, verhängte die Arme über der Brust — vertrat Maria nicht den Weg, seßte sie mit den Augen, wo sie — die Hand am Hofen der Dienant — stand.

„Schemetta aus Ughtua?“ sagte Maria bösernd.

„Haßt du von ihm gehört?“

„Der Bekannte aus Karellen?“ entfuhr es Maria.

„Ja.“

Der Sohn von Sissava?“

„Ja.“

Zuba rief draußen.

„Was soll denn der Alte?“

„Du sollst ihm einen Sad aufhalten!“

Schemetta drehte sich um, schwenkte die Hand und ging.

(Fortsetzung folgt.)

Neujahrtsfeier der bad. Staatsregierung

Mit der Umwälzung 1918 verschwanden auch alle jene repräsentativen Veranstaltungen des alten Staates, die dieser als Mittel zum Zweck benutzte, um dem Volke gegenüber seine innere Gesundheit und Mächtigkeit zu verbergen. All die Sieges- und Gedenkfeiern, die Geburtstagsfeiern der verschiedenen Landesväter usw. waren nur dazu bestimmt, das Volk durch einen möglichst großen Aufwand von Pomp und Prunk zu täuschen, ihm Sand in die Augen zu streuen. Die Republik verstand es in den ersten Jahren nicht, zu repräsentieren. Erst allmählich schuf sie sich einige festliche Gedenktage im Jahre. Vor allem den Verfassungskonferenztag und nun auch in einzelnen Ländern, darunter auch Baden, eine festliche Stunde am Neujahrstage. Der jetzige Staatspräsident Dr. Kimmle hat bei der ersten Lebensnahme seines Amtes diese Einrichtung geschaffen, seine Nachfolger haben sie beibehalten, denn sie hat sich bewährt, sie fand anfangs im Staatsministerium statt und wurde im vorigen Jahre in das Landesbühnenverlag. Damit war auch die Möglichkeit gegeben, den Festakt in einem weiteren Rahmen zu veranstalten, ihn auch einem größeren Kreis Teilnehmer zugänglich zu machen. An diesem Tage versammelt die Staatsregierung eine Reihe von Gästen aus allen Berufsständen, sowie die Vertreter der Reichs- und Staatsbehörden an sich. In festlich-feierlicher Weise wird der Beginn eines neuen Zeitabschnittes begangen. Während bisher der jeweilige Staatspräsident die Neujahransprache hielt, hatte in diesem Jahre die Staatsregierung sich den früheren Reichsjustizminister und jetzigen Universitätsprofessor in Heidelberg, untern Parteigenossen Prof. Dr. R. A. Bruch verpflichtet. Ein weiterer Schritt in der Ausgestaltung dieser Feierlichkeit, der nur zu begrüßen ist. Die ganze Veranstaltung soll das neue Arbeitsjahr festlich und würdig einleiten, die Wünsche der Staatsverwaltung vereinen sich mit den Wünschen der berufenen Vertreter aller Stände und Teile der Bevölkerung. Die Republik sei damit, daß sie auch zu repräsentieren vermag. Die Form, in der sie dies tut, ist zwar im Gegensatz zu den monarchischen Festlichkeiten, weniger feierlich und prunkvoll, sondern einfach und schlicht und würdig, aber deshalb nicht weniger einflussvoll. Auch die diesjährige Neujahrtsfeier der badischen Staatsregierung wird ein festlicher Auftakt zum neuen Jahre, der allen Teilnehmern noch lange in Erinnerung bleiben wird.

Feierlich und würdig eröffneten am Jahresbeginn unter Führung von Generalmusikdirektor Josef Krups die wunderbaren Klänge des Meistersinger-Vorspiels; mit hinreichendem Schwung spielte unter Landesbühnenorchester diese wie aus soischem Anlaß geradezu geschaffene kleine Schöpfung Richard Wagner's. Diese deutsche Musik war auch die würdige Einleitung zu der nachfolgenden

festrede von Prof. Dr. R. A. Bruch

Der Redner führte etwa aus:
Das Leben eines jeden spannt sich zwischen Familie und Welt. Mehr als die Angehörigen anderer Völker sind die Deutschen Familienmenschen einerseits, andererseits Berufsmenschen. Dieser erschüttern uns deshalb die neuen Probleme, die in der Familien- wie in der Berufsordnung aufgetaucht sind. Das überkommene Bild der deutschen Familie ist in der ländlichen Familie noch heute lebendig. Sie vereinigt auch heute noch alle ihre Glieder zu einer Arbeitsgemeinschaft. Diese Arbeitsgemeinschaft ist ein äußeres Band um alle Familienmitglieder und verleiht die tiefen Bindungen. Sie ist zugleich die beste Erziehungs- und pädagogische Mittel, verleiht dem arbeitsfähigen Arbeitsmenschen des ganzen Volkes, in die durch sie der heranwachsende unermüdet und unerschrocken hineingewirft. Die ländliche Familie hat dagegen aufgehört, Arbeitsgemeinschaft zu sein. Mann, Frau und Kind haben aus der neuen Lage neue Anforderungen gezogen — Anforderungen von Eigenrechten der Jugend und der Frau gegenüber der Familie. Es gilt, die alte Familienaufstellung zu erhalten, indem man sie erneuert, die alte Familien- wie Familienverbände zu vereinigen. In diesem Sinne grüßen wir in dieser Stunde die deutsche Familie! Und wir grüßen die deutsche Arbeit! Stolz und dankbar gedenken wir der unerschrockenen Wideraufbauleistung, welche sie in den

wenigen Jahren seit dem deutschen Zusammenbruch vollzogen hat — die Arbeit der Hände wie die der Köpfe, die technische die organisatorische gleichermaßen wie die manuelle Arbeit. Gerade in diesen Jahren sind aber auch die Organisationsfehler der gegenwärtigen Arbeitsverfassung besonders stark hervorgetreten. Wir sind noch weit entfernt von der Erfüllung des Versprechens unserer Reichsverfassung: „Die Ordnung des Wirtschaftslebens nach den Grundsätzen der Gerechtigkeit mit dem Ziele der Gewährleistung eines menschenwürdigen Daseins für alle entsprechen“. Solange in einer Gesellschaft die gleichzeitige Möglichkeit von Arbeitslosigkeit und Massenarmut noch nicht überwunden ist, solange Arbeitslosigkeit zur Untätigkeit verdammt sind, welche den eben von den Besitzern dieser Hände entschlossenen Lebensbedarf schaffen könnten, solange sind wir von einer gerechten Wirtschaftsordnung noch sehr ferne. Ueber den Weg der sozialen Reform bestehen mancherlei verschiedene Ansichten, über die Reformbedürftigkeit der heutigen Wirtschaftsordnung sollten, meine ich, alle einen Sinnes sein.

Auf der Berufsordnung, der Arbeitsorganisation, der Wirtschaft beruht das andere Element des Volkslebens: seine Kulturgrundlage. Diese Bedingtheit der Kultur durch die Wirtschaft erleben wir heute, in der verarmten deutschen Wirtschaft, eindringlicher denn je. Der Forscher bedarf noch anderer Hilfsmittel als nur des eigenen Gehirns, und es besteht für uns die Gefahr, von der Wissenschaft der Länder überflügelt zu werden, die ihn mit diesen Hilfsmitteln reicher auszustatten vermögen. Das ist eine schwere Kulturfrage namentlich auch unseres Landes, das die edle Last dreier wissenschaftlicher Hochschulen trägt. Aber nicht nur das Übergewicht amerikanischer Wirtschaft hat Anteil an jener Entwicklung unserer Kultur, die wir Amerikanisierung nennen können. Große technische Erzeugnisse — Kino, Radio —, auch der Massenverkehr sind zu Gebilden einer Massenkultur geworden, welche die Epikultur von ehedem immer mehr abdrängen zu lassen scheint. Wir müssen in dieser unruhigsten Entwicklung beherzt ja zu sagen entschlossen sein, darauf freilich nicht überheblich, daß die Verbreiterung des Kulturstroms notwendig aus einer Senkung seines Wasserpegels führen muß. Es gilt, in die erwachende Massenkultur möglichst viel Werte der alten, hochgeachteten Individualkultur herüberzusetzen.

Ueber der Laienhand Volkstum erbaute sich das Kunstwerk Staat. Dieses Kunstwerk ist aber kein ausgeglichenes Kunstwerk lateinischer Stilis, sondern ein reichhaltiger Organismus — Gemeinwesen, Länder, Reich, jeder Teil Glied des Ganzen und doch auch selbst ein Ganzes mit seinem besonderen Eigenleben.

Selbstverwaltung der Gemeinden

als Reimselle der Erziehung des Deutschen zum Staatsbürger, in einer andern Zeit deutscher Not durch die Steinige Städteordnung begründet, ist die wertvollste staatspolitische Leistung des deutschen Volkes. Sie finden die Wohlfahrts- und Kulturfunktionen der staatlichen Gemeinschaft ihre Erfüllung. Hier entspannen sich durch die gesellschaftliche und landwirtschaftliche Eigenart der Gemeinde und durch den Wettbewerb der Gemeinden miteinander die ganze Fülle deutschen Eigenlebens. Das das deutsche Volk sich seiner Selbstverwaltung als einer stolzen Leistung von dauerndem Werte bewußt ist, trat noch jüngst zutage, als es galt, Angriffe eines jenseitigen verbienstvollen und bedeutenden Mannes auf die Selbstverwaltung abzuwehren und zurückzuweisen.

Als Selbstverwaltungsförderer mit hartem Eigenleben werden auch die deutschen Länder immer ihre große Bedeutung behalten, sei es auch in neuer Gliederung zusammengefaßt und aufgeteilt. Auch wer den deutschen Einheitsstaat erkennt, vermag ihn sich nicht als einen Ziegelbau aus lauter gleichen Einzelsteinen zu denken, sondern nach deutscher Art nur als einen Quaderbau aus größeren und kleineren massigen und landwirtschaftlichen Gebläuden. Das aber ein so verstandener Unitarismus im vergangenen Jahre zu einer einseitigen, unaufhaltbaren Bewegung erstarrt ist, muß zu den entscheidenden Wendungen des Jahres 1927 gerechnet werden. Deutsche Einheit wäre aber unvollkommen, wenn sie in die heutigen Grenzen eingeschlossen bliebe. Wir werden nicht aufhören, den Auslandsbeziehungen, die sich zu dem Grundgedanken der Selbstbestimmungsrechtes der Völker selbst bekannt haben, zuzuhören:

Deutschland und Deutscher ein Volk, ein Reich!

Auch in dieser Stunde senden wir unsere brüderlichen Grüße vom Rhein zur Donau.

Ueber den Ländern wölbt sich die stolze Kuppel des Reichs. Wir gedenken in nie erlöschender Dankbarkeit eines Mannes, den dieses Land stolz den seinen nennt, des Mannes, der mit der Kraft und der Reinheit seines staatsmännischen Willens die auseinanderstrebenden Teile zusammenwagte und so das Reich rettete, in dem zweiten Male gründete — Friedrich Ebert. Und wir gedenken in Ehrfurcht des Mannes, der jetzt an der Spitze des Reiches steht. Erst verwurzelt im alten Deutschland, hat er es doch über sich vermagt, zweimal in entscheidender Stunde sich dem neuen Staat zur Verfügung zu stellen und dadurch ein Vorbild staatspolitischer Pflichtbewusstseins gegeben. Es sind ihrer viele, die das alte Deutschland nicht vergessen können und wollen, aber die Republik gewinnt von Jahr zu Jahr an Boden im Volksbewußtsein. Auch der Gegner der republikanischen Staatsform wird dem neuen Staat dies zugestehen müssen, daß es erst ihm gelungen ist, breite Volksmassen, die im alten Deutschland verstoßen und grollend neben dem Staat standen, an den Staat heran- und in den Staat hereinzuführen, sie dafür zu gewinnen, daß sie den Staat als den ihren erkennen und sich zu diesem Staat bekennen. Gerade vor dem Standpunkt der Volksgemeinschaft vertritt, sollte es dem neuen Staat nicht vergessen, daß er das Deutschland-Lied wieder zum Liede aller Deutschen gemacht hat.

Noch stehen fremde Truppen auf deutschem Boden — wir senden unsern Brüdern in den besetzten Gebieten treue Grüße! Noch zögern die beiden großen Nachbarnationen, entschlossen ihre Hände ineinanderzulegen.

Deutschland und Frankreich

Ständen sich prüfend in die Augen, strecken sich ihre Hände entgegen, aber immer noch neuem trübt Mißtrauen ihren Blick und wollen die Hände sich nicht zueinanderfinden. Europa aber wartet auf diesen Handschlag, der über sein Schicksal entscheiden soll.

Wir haben die Mitgliedschaft des Völkerbundes erworben — jetzt gilt es, auch innerlich zu seinem Ritaliede zu werden. Worauf anders beruht letzten Endes die Macht des Staates als auf dem Glauben seiner Bürger an diese Macht? Auch die Macht einer überstaatlichen Organisation kann nur auf solchem Glauben ruhen. Wer am Völkerbund zweifelt, trägt dazu bei, ihn zu schwächen; wer an seine Zukunft glaubt, stärkt ihn; wer seinen Wert auch für Deutschland bejaht, bewirkt an seinem Teil, daß er für Deutschland immer wertvoller wird. Der Staat lebt von der Staatsgefähmung seiner Bürger — auch der Völkerbund kann ohne Völkerbundesgefähmung nicht leben.

Kein Zweifel, daß die Geschichte, je mehr sie unter den Einfluß des Völkerbundes kommt, umso mehr ihren balladenhaften Charakter verlieren wird, daß sie immer weniger einem Kaiserroman über und immer mehr einer Aufschreibensart gleichen wird. Die Gewalt hat durch ihre Technisierung ein immer häßlicheres Antlitz erhalten. Man redet vom Gottesgericht des Krieges, aber hartnäckig das Ohr, das die Stimme Gottes nur im Donner der Geschütze zu hören vermag. Auch für die Geschichte gilt, daß Gott nicht im Feuer und nicht im Erdbeben und nicht im Sturm daherkommt, sondern in „einem stillen, sanften Säufeln“.

Von der Gemeinde sind wir bis zum Völkerbund aufgestiegen, aber wir haben dabei gewisse Gruppen noch nicht beachtet, denen der Einzelne doch besonders fest eingebunden ist, der Parteien. Mancher sieht auch heute noch in den Parteien etwas, was nicht sein sollte und besser nicht wäre. Aber es kann nicht nachdrücklich genug betont werden, daß im demokratisch-parlamentarischen Staatswesen die Parteien unentbehrliche und staatlich anerkannte Organe des politischen Lebens sind, die Unruhe, die das ganze Uhrwerk im Gange hält. Lächerlich und peinlich ist nur, daß der Deutsche den Parteigegenwart bis ins Privatleben fortzuführen gewohnt ist, weil er den parteipolitischen Gegner nicht nur für einen Andersdenkenden sondern für einen moralisch, intellektuell und geistlich Rinderwertigen zu halten pflegt. Gerade mit Rücksicht auf das parteipolitische Großkampfjahr, das bevorsteht, auf das Wahljahr 1928, gilt die Mahnung: Ein Schuß Selbstironie in der Betrachtung auch der eigenen Politik, ein Schuß Humor in der Betrachtung des politischen Gegners, ein wenig deutschen Besinnliches, ernstlichen fair plaus und französischer Grazie auch im Parteikampf! In diesem Sinne wollen wir uns das Florian Geber-Wort Gerhard Hauptmanns zu eigen machen: „Der deutschen Zweitracht mitten ins Ders!“

Wir wollen nie verassen, daß der Parteigegegnis auch nicht bis in die tiefste nationale Wurzel hinein spaltet, daß vielmehr die verschiedenen Parteien nur verschiedene Kräfte aus dem gleichen nationalen Wurzelstock sind und daß ein reicher Schatz nationaler Werte von jeder Parteipaltung unberührt bleibt. Wir haben vor wenigen Tagen alle gemeinsam die deutsche Weihnacht gefeiert. Wir liebten alle das deutsche Land, seine heiligen, rauschenden Wälder, seine smaragdnen, hochdurchlichterten Wiesen, seine mauerumkränzten, turmgekrönten Städte. Wir freuten uns alle der deutschen Sprache, innig und stark und wie keine auf Erden schmiegsam zur Aneignung fremden Gedankengutes. Wir lebten alle gemeinsam in deutscher Dichtung, deutscher Kunst, deutscher Musik. Wir reden oft und mit Recht von unserm schwergegründeten Vaterlande, aber wir sollten zuweilen auch von unserm reichen, beglückten und unzerstörlichen Vaterlande sprechen. Auch diese Freude an dem gemeinsamen nationalen Besitz möge in unsern Sätzen mitschwingen, wenn am Schluß dieser Feier die Stimmen zweier großer Deutscher in dem erhabenen Chor zusammenklingen, den die Menschheit besitzt: „Freude, schöner Götterfunken!“

Die geistreichen und tiefgründenden Ausführungen Prof. R. A. Bruchs fanden starken Beifall. Im Anschluß daran brachte Staatspräsident Dr. Kimmle ein dreifaches Hoch auf die badische und deutsche Republik aus, wonach die Festversammlung die erste Strophe des Deutschlandliedes sang. Den Abschluß der Feier bildete die Wiederabgabe des Schlusliedes der neunten Symphonie Beethovens, die jedoch ganz und gar nicht befriedigen konnte. Offenbar fand sich Herr Generalmusikdirektor Josef Krups, — der übrigens, wie im letzten Jahre, beim Spielen des Deutschlandliedes fehlte, so daß ein Musiker aus dem Orchester den Dirigentenstab ergreifen mußte —, sich in der Beethoven'schen Einleitung fast nicht zurecht. Wäre unser ausgezeichnetes Orchester nicht sein eigener Leiter geworden und hätte der Chor nicht selbständig seinen Einsatz gebracht, hätte diese prächtige Feierstunde durch eine scharfe Dissonanz eine empfindliche Beeinträchtigung erfahren. Dazu kam noch, daß infolge Abganges zweier Sänginnen, die Damen Meibing und Dahnig Weimer als Ersatz eintritten mußten, die jedoch mit den Herren Kammermännern Schuster und Kottwig das schwierige Solopartett beinahe befriedigend ausführten. Im Ganzen hinterließ aber die Wiederabgabe des Schlusliedes wirklich keinen starken festlichen Eindruck.

Theater und Musik

Badisches Landestheater

Neu einstudiert: „Das vierte Gebot“. Volksstück von Ansgaruber.
Das tendenziöse Wiener Volksstück, in seinen besten Zeiten der Regierung ein willkommenes Mittel, das Kleinbürgervolk von der Schattensphäre mit der Politik ab- und auf die harmlos bunteren Vorgänge auf der breiteren Schenke zu lenken, wurde von dem wackeren Geistesproletarier Ansgaruber mit einem ganz entgegengesetzten Inhalt gefüllt. Er, der selbst über Glühwürstchen nicht verügte, stellte die scharf gezeichneten Typen aus seiner bürgerlichen Umwelt auf die Bühne. Im „Vierten Gebot“ sind es die umstürzenden Wirkungen des Industrialismus, als Untergang und Verklumpung des Handwerkerstandes und moralisches Niederkriechen der zu Geld gelangten Bourgeoisie, die den düsteren Hintergrund abgeben. Der eigentliche Drehpunkt dieses Tendenzstückes ist ein Kulturkampfgedanke: Ein geschmaltes junges Mädchen rät einer Hausbesitzerstochter, als sie auf Wunsch der Eltern gegen ihre eigene Neigung einen schwerreichen Halbdori betreten soll, zu dieser Gedächtnis. Sie soll den Eltern gehorchen, wie es das vierte Gebot fordert, und ihr Glück dann Gott anheimstellen. Der priestertliche Rat bringt aber nur Unheil über die demohnen beschlossene Ehe. Der Gutierrez Stolzenhaller ist krank, steht seine Frau an, das Kind bringt den Todesstreich mit auf die Welt, und so müssen Mutter und Kind in ein frühes Grab sinken. Die Verheiratung, daß du lange lebst auf Erden“ wird nicht eingelöst, der Rat des Priesters schlug zum Aufzug aus, und man erkennt, daß die höhere Sittlichkeit hier im Widerstand gegen den elterlichen Willen und in der Verirat nach dem Zuge des Herzens gelegen hätte.
Eine zweite Handlung, mit der ersten geschickt verflochten, führt in dem Dreißigermeister Schafner und seiner Gattin ein Elternpaar vor, an dem die Lächerlichkeit der Forderung der Elternbrunnendemonstriert wird. Er ein Kaufmann und Trinker, sie eine ordnare Verdon. Sie ver schulden den Untergang ihrer Kinder durch fieberliche Erziehung. Kann man diese Eltern ehren nach den Worten des vierten Gebots? Die Kirche, der Geistliche, das Gebot Moies' wird höchstbarlich ins Unrecht gesetzt. Nebenbei und zur Steuerung der Arbeit gelangt, die faulbiologische Moraltheorie steht heute nicht mehr auf dem Standpunkt, daß in einem Gewissenskonflikt zwischen Elternwillen und Herzensneigung die höhere Sittlichkeit unbedingt in der blinden Unterwerfung unter die elterliche Autorität liegt! Trotz alledem: ein Stück mit hülftlichem Pathos, das öffentlichen und häuslichen Leben an die Wurzel fast und durch

ihren schonungslossten Bloßlegen schon den Naturalismus um zehn Jahre vorausnimmt. Ein Eitelstüß, aber das sich noch viel Schöneres lassen ließe, und das wir daher der Volksbühne warm empfehlen.

Der Inszenierung durch Herrn Baum bach leuchte der letzte Hochglanz. Es kann das an dem Ensemble liegen, das nur zum Teil den Wiener Dialekt von Hause aus beherrscht, aber auch die natürliche ästhetische Lebensfähigkeit, die selbst noch um die moralisch minderwertigen Gestalten weht, vermissen läßt. Es liegt aber auch hierfür daran, daß die Regie darauf bedacht war, die kulturfürderlichen Spitzen allzusehr abzuschleifen und die Würdigung zu unterdrücken. Rührung, einstmals die gefühligste Wirkung des Dramas, von Lessing geradezu als sein Zweck bezeichnet, ist heute verpönt. Man schämt sich ihrer, man will feilisch hart und unempfindlich erscheinen, so entspricht man dem Ideal des großkapitalistischen Menschen. Dieses Stück ist auf Rührung gearbeitet, und bei den Damen müßten die Talgkütten wehen. So war es gedacht, so wurde es immer gegeben, man kann diesen Charakter nicht unterdrücken ohne Schaden für das Ganze.

Den Reigen der zahlreichen Darsteller führte Herr Herz mit seinem in Maste und Gestaltuna bodenständig ersten Wiener Dreißigermeister an. Frau Ermert h, die Vielgewandte, war als Frau Barbara mit dem dinnemäßig in die Stirn gestämten Haar von großartigster Gewöhnlichkeit. Gut eingefüllt hatte sich Herr Höcker und Hel. Genter als Hausbesitzersehepanat. Von rührendem Reiz ist Vertram an der Seite des Stolzenhaller, aus dem Brands darstellerische Kraft eine lebensvolle Gestalt schuf. Dieselbe Wirklichkeitsnähe wies auch Nella Rabe-machers verkommene Toiefa an, sowie Marie Frauendorffers feines Großmütterchen. Hierl fühlte sich nicht ganz wohl in der Uniform, wofür wir Verständnis haben, umsohefter gefiel sich und uns Herr Leitzged in der Sutane. Max Schnei-der und Hermine Ziegler bürten in diesem in detailreicht ausgearbeiteten Charakteren so reichen Stück nicht vergessen werden. Herr Kloebe gab sein leichtes Temperament in das „Früchtl“ Martin und darf sich einen Hauptanteil an dem Erfolg des Abends zusellen. Das darf auch Hel. Schellenberg, die eine schöne Kollektion von Kostümen herstellte aus der Zeit, da der Vater die Mutter nahm —; Drapierte Röcke mit Franen, Rücken, Schellen anmerkt, enge Taille, Turniere, auf de Paris. Hel. Schellenberg dürfte einmal eine kleine historische Mode-Ausstellung veranstalten; was sie hier an Kostümen geschaffen hat, ist ein wertvoller, vom Publikum viel zu sehr übersehener Fonds, von bedeutendem künstlerischen und modegeschichtlichen Wert.

Qualitäts-Möbel sind billig bei Marx Marktplatz

Residenz-Lichtspiele Waldstraße

Heute:
Mein Leben für das Deine

In der Hauptrolle:
Die schönste Frau Italiens Franziska Bertini

Der Weiberfeind
Grotteske in fünf Akten

Im Reich der Gassen, Kulturfilm

Das Neueste und Interessanteste aus aller Welt

Ämtliche Bekanntmachungen

Nachstehend bringen wir die mit Erlaß des Herrn Landeskommissars in Karlsruhe vom 17. Dez. 1927 für beschleunigt erklärte bezüglich der Spargelkrankheit, „Die Befämpfung der Spargelkrankheit (Spargelstiele und Spargelrost) betr.“ zur öffentlichen Kenntnis.

§ 1
Aus Grund des § 145 Ziffer 1 Pol. Str. G. B. wird vorgeschrieben, was folgt:

§ 2
Da die Larve der Spargelstiele vorzugsweise in den Stengeln des Spargelkrautes zwei- bis dreijähriger Pflanzungen sich anheftet, so sind diese Pflanzungen in den Monaten Mai bis August dieses Jahres zu untersuchen und die befallenen Stängel am Wurzelstock abzuschneiden und sofort zu verbrennen; die befallenen Stängel sind daran zu erkennen, daß das Kraut zuerst an der Spitze sich krümmt und der Stängel dann nach und nach gelb wird und abtrocknet. Die Verrottung muß jedenfalls bis zum 15. August ausgeführt sein.

§ 3
Das Spargelkraut sämtlicher, auch der älteren Pflanzungen, ist im Herbst nach Abschluß der Vegetation möglichst nahe am Wurzelstock abzuschneiden und sofort zu verbrennen. Dies ist spätestens bis 1. Dezember auszuführen. Eine Verwertung des Spargelkrautes zu irgend einem Zweck, sowie eine anderweitige Verwertung als durch Verbrennen ist verboten.

§ 4
Die befallenen Stängel des Spargelkrautes sind gelegentlich der Vorbereitungsarbeiten im Frühjahr und spätestens bis 1. April auszuheben, in einem dichtschließenden Korb usw. zu sammeln und abdann auf dem Felde zu verbrennen. Unter keinen Umständen dürfen dieselben vom Acker entfernt werden.

§ 5
Zu widerhandlungen werden nach § 145, Ziffer 1 Pol. Str. G. B. mit Geld bestraft. Wapereu werden die einschlägigen Arbeiten auf Kosten der Sämlinge teilweise ausgeführt.

Karlsruhe, den 28. Dezember 1927. O. J. 162
Badisches Bezirksamt — Abt. III.

Dankfagung.

Für Entbedung von Neujahrsbegrüßungen, Neujahrskarten usw. sind weiter folgende Beträge eingegangen:

Berlich Hermann, Juwelier, Kriegsstr. 47a 2.-
Berlich Ludwig, Juwelier, Kriegsstr. 47a 2.-
Daber Otto, Vorstand der Musikant
Schimmelberg und Familie, Nowackstraße 2 5.-
Gerlach Georg, Profurist 3.-
Rohr Dr. Augenarzt und Familie, Stefanenstr. 46 5.-
Riedemann Friedrich, Chefkassator, Hübschstr. 9 3.-
Krauß Hermann H., Verwaltungsdirektor, Benzstr. 10 3.-
Rufel Rechtsanwalt und Frau, Friedrichsplatz 10 3.-
Künzel Karl, Diplomingenieur 2.-
Leppert H. Fritz und Frau, Händelstr. 2 3.-
Lindenmeyer Ferd., Fabrikant und Frau Oberle Karl, Malermeister und Tochter 2.-
Koch Karl, Drogerie, Herrenstr. 26/28 10.-
Schmal Gottlieb, Fabrikmeister u. Familie, Lessingstr. 35 3.-
Schradin Karl, Architekt 3.-
Strobel Emil und Familie, Kaufmann 5.-
Strobel Wilhelm, Architekt und Familie 5.-
Walber Fritz, Architekt 3.-
Walber Hermann, Baugesellschaft m. B. H. 5.-
Wilm Ernst, Schlossermeister 3.-
Wiedrich A. Dr., Arzt 3.-

Für diese Zuwendungen zugunsten der Winterhilfe spreche ich den verbindlichsten Dank aus mit der Bitte um gütige weitere Beiträge, welche bei der Reichsdrogeriehandlung, 35, Zimmer 45, entgegengenommen und in gleicher Weise veröffentlicht werden.

51
Karlsruhe, den 31. Dezember 1927.
Der Oberbürgermeister.

Für die kalten Tage

Schlafdecken
Kamelhaardecken
Pferdedecken

äußerst preiswert 910
Da keine Ladenmiete — große Ersparnisse.

Arthur Baer, Kaiserstr. 133

Eingang Kreuzstr. gegenüber der kleinen Kirche
Verkaufsräume nur 1 Treppe hoch
Ratenkaufabkomm. m. d. Bad. Beamtenb.

Im neuen Jahre mit neuer Kraft!

Die Beweise: Diese Preise:

Dieses Sonder-Angebot gilt nur bis einschließlich 4. Januar!

Herren-Oberhemd wä., mit Batist-Einsatz u. Dopp.-Mansch. 3.90
Herren-Oberhemd Popeline, rohseidefarbig 5.50
Herren-Siehmuldenkragen mod. Form, Maccos 0.55
Herren-Stehkragen mit Ecken, Maccos 4 fach 0.45
Herren-Socken Baumwolle gewebt, gestreift 0.45
Herren-Socken Baumwolle, gemustert 0.50
Herren-Socken reine Wolle, grau, 1 x 1 gestrickt 1.10
Herren-Socken reine Woll, kamelhaarfarbig 1.45

Damen-Strümpfe Kunstseide, farbig Paar 0.85
Damen-Strümpfe Wolle plattiert, gewebt, schwarz, mit Doppelsohle, Hochferse Paar 1.75
Damen-Strümpfe Wolle mit Seide, Doppelsohle und Hochferse, schwarz und farbig Paar 2.80
Damen-Strümpfe Burchards Spez.-Seidenfl. m. 4 fach. Sohle 2.45
Damen-Strümpfe Wolle plattiert, braun, Größe 8-11 1.10

2000 Paar
Kinder- und Damen-Strümpfe braun reine Wolle, gestrickt, prima württemberg. Fabrikat Gr. 11 10 9 8 7 6 5 4 3 2 1
 2 2.40 2.20 2.- 1.85 1.60 1.40 1.25 1.10 1.- 0.85 schwarz

Tisch- und Servietten-Tücher
Tischtücher Jacquard, 100/140 1.95
Tischtücher Halbleinen, Jacquard, 110/110 2.60
Tischtücher Halbleinen, Jacquard, 110/110 4.40
Frottier-Handtücher Jacquard, mit bunter Kante, 47/95 1.10
Frottier-Handtücher prima Qualität, mit bunter Kante, 50/100 1.95
Frottier-Handtücher weiß Jacquard, hervorr. Qual. 60/120 2.95
Kopfkissen glatt 0.95
Kopfkissen Bogen genäht 1.25
Kopfkissen mit Hohlsaum, bestickt 1.95
Badetücher besonders preiswert

Stiefel
Strumpfhalter-Gürtel mit 2 Haltern 0.50
Strumpfhalter-Gürtel mit 4 Haltern 0.75
Korseff, prima Dress, für starke Damen 1.80
Hüftenthaler, rosa Dress 1.10
Büstenhalter Schirting 0.50
Büstenhalter, „Triumph“, guter Schirting 0.95
Büstenhalter, in Biesen abgenäht 1.10
Büstenhalter Schirting und Trikot 1.10

BURCHARD

Keine Abgabe dieser Artikel an Wiederverkäufer, Kaiserstraße 143 Mengen-Abgabe vorbehalten!

Der Inventur-Ausverkauf

beginnt am **MONTAG, den 2. Januar 1928**

Um mit der Winterware rasch zu räumen, gewähre ich auf folgende Artikel:

Strickwaren: Kostüme, Kleider, Lumper-Pullover und Westen, Mäntel, Kinder- und Mädchen-Kleider, Damen-, Backfisch- und Kinderjacken mit und ohne Wollpelzbesatz, Knaben-Anzüge, Herren-Sportstrümpfe und Stutzen.

Restbestände in Sport-Konfektion: Herren-, Damen- und Knabenanzüge, Windjacken, Brechees sowie lange Hosen.

Auf sämtliche andere Artikel wie: Damen- und Kinder-Strümpfe, gestrickt und gewebt in Wolle, Seide, Seidenfloss und Mako, Herrensocken und -Hemden und Unterhosen, Damen- und Kinder-Schulphosen, Unterbecken, Kurzwaren

in Strickwaren: Anfertigung nach Maß, sämtliche Umänderungen und Reparaturen an Strickwaren, sowie Anstricken von Strümpfen werden sorgfältig und billigst ausgeführt

Beamtenbankschecks, auch vordatierte, werden in Zahlung genommen
Besichtigung ohne Kaufzwang gerne gestattet

Karl Köhler * Strickwarenfabrik
 Karlsruhe, Umlandstr. 1, 1 Treppe Mühlburg, Rheinstr. 69

Für nur **22.- Mk.** kaufen Sie bei uns ein **Schlafzimmer-Bild** mit gutem Goldrahmen

V. Schläfers Kunsthandlung, Kaiserstr. 38
zwischen Adler- und Kronenstr.

Baupläne! Bauleitungs- und Bauarbeiten, auch auswärts, bei billiger Berechnung. Offerten unter Nr. 9199 an das Volksfreundbüro.

Wintermante! (Woll) pa Stoff, gut erhalten, zu verk. Näh u. das Volksfreundbüro. Nr. 904 im Volksfreund

Gesucht sofort an allen Orten fleißige, treue, ehrliche Personen zur Hebernahme einer **Zeitolagen- und Strumpfstrickerei** auf unserer Reminiscenzmaschine. Leichter u. hoher Verdienst. Günstige Bedingungen. Vorkenntnisse nicht erforderlich. Prospekt gratis und franco 1927

Zeitolagen- und Strumpfstrickerei
Heber & Fohlen / Saarbrücken 3

Praktische Geschenke!

Betriebsfertige **Radioanlagen**

nur erste Fabrikate
günstige Zahlungsbeding.
Interessenten erbeten um
Nr. 8473 an d. Volksfreund

Von der Reise zurück
Dr. med. W. Weiß
 Kriegsstraße 86.
 Montag bis Donnerstag 2-6
 Freitags 12^h-4 501

Sprechmaschinen-Reparatur
 Spezial-Werkstätte Marienstraße 67 9247

Marinaden

empfehle aus meinem Hause hergehende, aus frisch gebrühten Biskiten

Rollmöps
 Stück 15 S
 Literdose 1.10 Mk
 1/2 Str.-Dose 60 S

Bism.-Seringe
 Stück 11 S
 Literdose 1.10 Mk
 1/2 Str.-Dose 60 S

Seringe in Gesteck
 1/2 Str.-Dose 60 S

Satzseringe
 holl. Bism.-Seringe
 Stück 9 S

Bieser Gabelseringe
 in Tomaten, Wein-, feine, Weinapfel- und Champignon-Dose - 68a. 1.30 Mk

Bucherer
 in sämtl. Mänteln
5% Rabatt

kleinster Musikverein sucht einige **Musiker**
 für Blas- und Streichorchester. Angebote u. Nr. 906 an das Volksfreundbüro

Zweitere Zimmer
 mit Ansehenshaft
 sofort zu vermieten
 Kniebisstraße 25, 2 St.

PROFIT NEUJAHR

Profit Neujahr, das rufe ich
 III meinen Freunden zu,
 Und wünsche, daß im neuen Jahr,
 Es wieder regnet ab und zu.

Der Greiffschirm soll Begleiter sein
 Beschützer auch für Groß und Klein
 Bei schlechtem Wetter Euch bedachen,
 Und immer große Freude machen.

Schirmfabrik
Andr. Weinig jr.
 Rondellplatz 909

Arbeit für die Gemeinde

Gruppenkonferenzen für Gemeindevertreter

Gruppe Gengenbach

Um halb 8 Uhr nachmittags eröffnete der Vorsitzende Genosse Franz Schätle die Konferenz, die trotz des kalten Frostwetters sehr gut besucht war. Nach einigen Begrüßungsworten an Referent und Konferenzteilnehmer wurde die Präsenzliste festgestellt. Es waren vertreten von Gengenbach 3 Gemeinderäte, 11 Bürgerausschussmitglieder, von Egersweier 3 Gemeinderäte, 2 Bürgerausschussmitglieder, von Zell a. S. 2 Gemeinderäte und 7 Bürgerausschussmitglieder. Außerdem waren noch einige Genossen von Gengenbach als Gäste erschienen. Als Referent war Genosse Landtagsabgeordneter Kuz besetzt, der verschiedene Zweige in der Kommunalpolitik behandelte, wie das Erwerbslosenproblem, Fürsorgeämter, Schulwesen, Wohnungs- und Bodenpolitik, Steuerbelastung für Gewerbe und Landwirtschaft und indirekte Steuern in der Gemeinde. Der Referent führt seit 1893 in der gemeindepolitischen Bewegung. Unsere Partei beteiligte sich zuerst in Mannheim, dann in Karlsruhe und Offenburg an den Kommunalwahlen und hat damals trotz Dreiklassenwahlrecht schöne Erfolge erzielt. Wir müssen uns als Gemeindevertreter mit vielen Fragen beschäftigen und wer keine Gemeindepolitik versteht, der kennt auch nicht die Landes- und Reichspolitik. Der Redner kommt auch auf Vorgänge im Landtag zu sprechen z. B. die Anträge der Sozialdemokraten und anderer Parteien, die die Beamtenbesoldung eingehend behandeln und die Beamtenbesoldung in der Gemeinde. Der Redner ermahnte für seinen Vortrag starken Beifall. — Von der Diskussion wurde reichlich Gebrauch gemacht. Als erster Redner nahm Gemeinderat Genosse Schulz das Wort und machte Ausführungen über das Fürsorgeamt, über Schulfragen und Beamtenbesoldung. Die Gemeindebeamten hätten in der Regel ein größeres Pensum Arbeit zu erbringen, als wie die Staats- und Reichsbeamten. Auch hätten sie eine längere Arbeitszeit. Deswegen gehören sie auch gut bezahlt. Gen. Gemeinderat Koger von Egersweier weist nach, daß es in kleinen Gemeinden, wo die Gemeindebeamten nicht voll beschäftigt sind, schwer fällt, die allgemeinen Besoldungs- und Gehaltsstufen einzuhalten oder durchzuführen. Gen. Koger kam dann auf einen Beitrag für die Kirche in Egersweier zu sprechen, durch den die politische Gemeinde um 1400 M jährlich belastet wird und fragt an, ob dieser Beitrag nicht auf die örtliche Kirchensteuer abgemindert werden könne. Gen. Kuz gab den Beifall, daß der Zustand nicht zu ändern sei. Gen. Gieringer Zell a. S. ist mit der Beamtenbesoldung wie sie neuerdings im Reich vor sich geht, nicht einverstanden. Bis Gruppe 5 solle den Beamten eine Aufbesserung zu teil werden. Von Gruppe 5 ab würden aber Löhne und Gehälter bezahlt, mit denen die Leute auskommen können. Gen. Frei-Bergbauern macht die Konferenzteilnehmer darauf aufmerksam, daß Erwerbslose jetzt 5 Wochen warten müssen, bis sie vom Arbeitsamt Offenburg ihre Unterbringung bekommen. Das ist ein unerträglicher Zustand. Gen. Kuz Zell a. S. weist darauf hin, daß er in der Verbotszeit einige Beamte beobachtet habe, um sie als Volkstribunen zu gewinnen. Er hätte aber bei seinem Beamten Erfolg gehabt. Das sei der Dank der Beamten für die Unterbringung ihrer Familien durch die Sozialdemokratie. Gen. Wollschläder Gengenbach betont, daß man einer Aufbesserung der Beamtegehälter bis Gruppe 7 zustimmen könne. Wenn man aber den oberen Gruppen, wo ein gutes Auskommen vorhanden ist, auch immer wieder aufbessert, so werde das beim Arbeiter und Bauern, die so schwer um ihre Existenz ringen müssen, nicht verstanden. Gen. Wollschläder teilte noch Einzelheiten über den Vorschlag der Gemeinde Gengenbach mit, auch stellte er fest, daß die vereinigte Bürgerpartei (Bürgerblock), die die Mehrheit auf dem Rathhaus habe, beschlossen habe, 5000 Festmeter Holz im Gemeindegeld zu schenken und den Erlös für Senkung der Umlage zu gebrauchen. Es fragten noch die Genossen Venz-Egersweier und Schwaib Zell a. S.

In seinem Schlußwort betonte Gen. Kuz, daß es ihm freue, daß sein Vortrag eine so lebendige Diskussion angeregt habe, und legte den Standpunkt unserer Landes- und Reichstagsfraktion in der Frage der Beamtenbesoldung dar. Wenn, so schloß der Referent, die Genossen öfters zusammenkommen und immer so sachlich und eingehend die politische Lage in Gemeinde und Staat besprechen, so werde das jedenfalls ein großer Nutzen sein sowohl für den einzelnen, als auch für die gesamte Partei. — Nachdem sich der Referent verabschiedet hatte, wurde die Wichtigkeit der Gemeindevertreterkonferenzen nochmals von mehreren Genossen betont und beschlossen, daß im Februar wieder eine Konferenz stattfinden soll und zwar in Zell a. S. Alles nähere wird dem Parteiverein Gengenbach überlassen. Wollschläder.

Gruppe Gernsbach

Die am Sonntag, den 18. Dezember 1927 im Gasthaus am Strauß in Otte a. u. stattgefundene Gemeindevertreterkonferenz war zahlreich besucht. Vertreten waren die Orte Gernsbach, Böden, Ottenau, Gengenau, Selbach, Michelbach und Forbach. Anwesend waren 12 Gemeinderäte und 47 Bürgerausschussmitglieder. Anwesend Genosse Venz referierte über die Aufstellung des Vorschlags und gab damit Anregung zu einer lebhaften Diskussion, an der sich die Genossen Bauer, Hermann Berger, Maier, Hirt, Heit, Kimmel und Stöber beteiligten. Um 10 Uhr schloß Genosse Bisschopf-Gernsbach die interessant verlaufene Versammlung mit dem Hinweis, die Genossen möchten zur nächsten Tagung, die in Selbach stattfindet, ebenso zahlreich erscheinen. Es wurde ferner der Wunsch geäußert, Genosse Tränkls möge zur nächsten Konferenz den Gen. Kuz-Durchsich zu einem Vortrag über Fürsorgeämter zur Verfügung stellen.

Gruppe Forchheim

Die Konferenz wurde nachmittags um 3 Uhr vom Parteivorsitzenden von Dürmersheim eröffnet, der die Teilnehmer im Namen des Parteivereins Dürmersheim begrüßte. Als Vorsitzender wurde Genosse Kuz (Forchheim) und als Schriftführer Gen. Kästner (Gulda) bestimmt. Gen. Gemeinderat Schäfer (Wilsdorf) sprach über das Fürsorgeamt. Der Redner ging aus von der Reichsordnung über Fürsorgepflicht vom 13. 2. 24 nach der durch die Führer der Fürsorgeämter vom 29. 3. 24, in denen die Träger der Fürsorge amtlich festgelegt wurden, nach der sich dieselbe in Sonderfürsorge und Armenfürsorge gliedert. Zur Sonderfürsorge gehören die Fürsorge für Kriegsbeschädigte und Hinterbliebenen und der ihnen auf Grund der Verlorngasgesetz gleichstehenden Rentenempfänger der sozialen Versicherungen, Kleinrentner, sowie die Arbeitsbeschaffung für Schwerbeschädigte und schwererwerbsbehinderte, die Fürsorge für hilfsbedürftige Minderjährige und Waisenfürsorge, die von den Fürsorgeverbänden betraut werden, während die sonstigen Bedürfnisse der Armenfürsorge unterstehen, die von den Gemeinden ausgeübt wird. — Der Referent schilderte alsdann noch die Aufbringung der Mittel und die Ausübung der Fürsorge durch die damit beauftragten Stellen. Auch gab er einen Einblick in die Not der Sozial- und Kleinrentner, der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen, sowie der ausgetriebenen Erwerbslosen. Zu beklagen ist die unzureichende Beschaffung der Fürsorgegelder von sozial eingestellten Elementen. Notwendig ist die Beirückung der Partei durch geeignete Parteigenossen in den Fürsorgeausschüssen, sowie in den örtlichen Beratungsstellen, damit die Bedürfnissefrage gerecht beurteilt werde, was besonders manchmal auf dem Lande zu wünschen ist. Weiter forderte der Referent ein Wohnsitzgesetz und eine Ueberführung der bisherigen Fürsorgeverbände auf die Kreise. Notwendig sei eine größere Beteiligung des Reiches und Landes an der Aufbringung der Mittel, da die

Gemeinden, die ihnen durch die Verhältnisse aufgebürdeten Kosten nicht mehr zu tragen vermögen.

Die hierauf folgende Diskussion, an der sich 16 Genossen beteiligten, zeigte das große Interesse, das von unsern Genossen in den Landorten der Fürsorge entgegengebracht wird. Es wurde insbesondere von unsern leitenden Stellen der Gemeinde tätigen Genossen darauf hingewiesen, daß mit der Fürsorge beim Säugling begonnen werden müsse, um alsdann fortgesetzt durch Beobachtung in der Schule durch Schulrat, Schulärzte und Dentisten. Die gemachten Erfahrungen seien sehr gute. Es ging die Schulgesundheitsfrage hart zurück und der allgemeine Gesundheitszustand der Schulkinder wurde gefördert. Die Belastung der Gemeinde sei in Anbetracht dieser Erfolge gering. Im allgemeinen wird für jedes Schulkind für Schulrat 1 M, für Schulärzt 20 M jährlich notwendig werden.

Nicht einverstanden mit dem Referenten waren die Redner in der Uebertragung der Fürsorge auf die Kreise. Die Erhebung der letzten Jahre habe gezeigt, daß die geborenen Fürsorge- und ihre individuelle Auswirkung durch die Bezirksfürsorgeverbände gut durchgeführt wurde, im Anbetracht der zur Verfügung stehenden Mittel. Allgemein wurde hervorgehoben, daß die Kosten für die Industriegemeinden untragbar seien und sich Reich und Land, die die Steuern beantragten, mehr wie bisher an den Kosten des Fürsorgeaufwandes beteiligen müßten. Auch sei zu erwägen, ob nicht andere einfachere Wege wirtschafts- und gemeindepolitischer Art möglich sind, wodurch Mittel frei werden, die es den Gemeinden ermöglichen, ihre sozialen Aufgaben durchzuführen. Notwendig sei auch, daß die Kleinrentner und Kleinrentnerin im Alter nicht der Armenfürsorge ausgeliefert seien. Genosse Döcker machte darauf aufmerksam, daß auch die Frau mehr wie bisher für die Partei und sozialen Aufgaben in der Gemeinde herangezogen werden soll. — Sozial sehr rühmend ist nach den Ausführungen eines Referenten die Gemeindeverwaltung Bruhousen und es ist Aufgabe unserer dortigen Genossen, für Abhilfe zu sorgen. — Nachdem als nächster Tagungsort Bruhousen mit dem Thema „Kommunalfiskus“ bestimmt worden war, wurde die von 2 Bürgermeistern, 5 Gemeinderäten und 26 Gemeindevertretern besuchte Konferenz um 6 Uhr abends geschlossen. Kästner.

Gruppe Heidesheim

Auf der Gemeindevertreterkonferenz am 18. Dezember waren vertreten: Heidesheim durch 1 Gemeinderat und 2 GR, Helmsheim mit 1 GR und 2 GR, Gonselsheim mit 2 GR, 6 GR, 5 weitere Genossen, Hirtlingen mit 2 GR und 2 GR und Forst mit 2 GR und 5 GR. Das Referat des Gen. Döllinger wurde mit Beifall aufgenommen. Die allgemeine Aussprache ging dahin, das bis jetzt Ertragene auszubauen und die Mängel, die dem Arbeitslosen nach noch anhaften, auszumerkeln. Darin waren sich alle Delegierte einig, daß sich das Problem der Arbeitslosenfrage vertiefen, denn daß sich die Bürgermeisterei und Ratsherrin um das Geles nicht viel kümmern, ist überall in den Landorten wohl bekannt. Die Hauptperson ist in der Regel der Ratsherrin, der Bürgermeister über das Amt meist nur im Nebenberuf aus; sein Nichtsein und seine Fehler kommen an erster Stelle. — Um 4 1/2 Uhr schloß Gen. Wolf die Versammlung. Als nächster Tagungsort wurde Forst bestimmt. Kollmer.

Gruppe Korf

Die im „Grünen Baum“ in Korf stattgefundene Gemeindevertreterkonferenz hatte sich eines außerordentlichen Erfolges zu erfreuen. Gen. G. er-Grünenbaum leitete die Versammlung; er stellte vor Eintritt in die Tagesordnung fest, daß alle Ortsvereine mit Ausnahme von Wilsdorf und Freilicht vertreten waren. Die Tagesordnung umfaßte 2 Punkte: 1. Aufstellung des Gemeindeverordnungsplans, 2. Bericht des Referenten. Zu Punkt 1 sprach Gen. Sänger (Korf). In sachlicher, gut verständlicher Weise behandelte der Redner die zahlreichen Punkte des genannten Themas. Von der Diskussion wurde lebhafter Gebrauch gemacht. Es beteiligten sich die Genossen G. er-Grünenbaum, Herr und Benz. Im Punkt Bericht des Referenten wurde beantragt, der sozialdemokratischen Fraktion des Ratsherrin den Auftrag zu erteilen, sich dafür einzusetzen, daß die Landgemeinden wieder erlaubt bekommen, Daukstrich aus den Gemeindegeldern zu entnehmen, um zu verhindern, daß a. B. die Gemeinde B. oder c. jährlich für 10 000 M Steuern aus dem Ausland (Eloß) beziehen muß. Es kam aber über diesen Punkt infolge vorgerückter Zeit nicht zu einer Beschlusnahme und wurde die Frage deshalb auf die nächste Konferenz, die in Wilsdorf tagen wird, vertagt.

Gruppe Kuppenheim

In der Gemeindevertreterkonferenz Gruppe Kuppenheim, die in Korf stattfand, sprach Genosse Bürgermeister Kästner über die Aufstellung des Gemeindeverordnungsplans. Unter Hinweis auf das Thema führte Gen. Kästner aus, daß während der Installation die Frage der Gemeindebeamtenbesoldung so gut wie unberührt in den Gemeindegeldern blieb, zumal der Staat 75 Proz. der Gemeindebeamtengehälter bezahle bzw. übernommen habe. Heute, nachdem die Aufwendungen der Gemeinden ins unangelegliche gestiegen und die Stellen besetzt sind, spielen die Beamtengehälterfragen bei den Sparversuchen, und dieses besonders in den mittleren und kleineren Gemeinden, eine bedeutende Rolle. Nachdem vielerorts gegen die Einrichtung der Gemeindebeamten in die Besoldungsordnung Stellung genommen worden ist, leitet sich aber aufgrund ihrer Organisation, gegen eine Benachteiligung zur Welt setzen, ist es in vielen Gemeinden zur Anbahnung des Schlichtungsausschusses durch die Gemeindebeamten gekommen, dessen Aufgabe — Gen. Kästner betonte dabei, daß die Anstellungsbedingungen der Beamten vor etwa 2 Jahren durch die Besoldungsordnung geregelt wurden und damals eben viele Gemeinden den Entwurf des Besoldungsamtsverbandes bedingungslos anerkannt haben und nunmehr auf die Forderung hieraus zu tragen haben. Das Recht des Gemeindebeamten für seine Arbeit bezahlt zu werden, das der Redner noch besonders hervor, denn es ginge nicht an, nur Pflichten zu verlangen, sondern man müsse auch jedem Rechte anerkennen, was von uns besonders anerkannt werden müsse.

An der Diskussion beteiligten sich die Genossen Peter und Kuz-Sandmeter, sowie Stüdel-Niederhüll, die besonders darauf hinwiesen, daß gerade in ihren Gemeinden die Ratsherrin mit mehr Stunden bezahlt werden, wie dieselben in Wirklichkeit Arbeit zu verrichten haben und je nach Lage der Dinge bald ihren Ratsherrinberuf, ein anderesmal ihre herkömmliche Landwirtschaft in Vordergrund stellen, um ihre Ziele zu erreichen, ungesucht seien, daß die Gemeinde benachteiligt wird. Gen. Kuz-D. Dos sprach ebenfalls von der Besoldungsfrage, der sich hauptsächlich um die Gruppen 5-10 handelt. Es seien in der Einkommen gleich großer Gemeinden bei ein und derselben Beamtenkategorie beträchtliche Unterschiede festzustellen. Es sollte doch mehr nach einheitlichen Richtlinien verfahren werden. Gen. Stüdel-Rotenfels führte an, daß die Ratsherrin Gemeindebeamten nicht nach der Besoldungsordnung bezahlt werden, da dieselben den ihnen obliegenden Dienst auch ganz nach eigenem Gutdünken verrichten. Weiter kennzeichnete Stüdel den Herantritt der Bürgerlichen Parteien

von Rotenfels, die sich den Spah erlaubten, einen Kandidaten Schweizer Nationalität zum Bürgermeister zu wählen. Als letzter Diskussionsredner teilte Gen. Kästner (Wilsdorf) mit, daß in seiner Gemeinde der Ratsherrin wohl nicht notwendig wohl zu sein dürfe. Es muß auch für die Gemeindebeamten eine Grenze ihrer Ansprüche geben, denn manchmal ist deren Vorbildung nicht einmal der eines gelernter Arbeiters gleich. Dabei hat der Beamte noch Pensionsberechtigung und läuft nicht Gefahr, arbeitslos zu werden, ganz abgesehen davon, daß manchmal noch die Beschaffung in kleinen Gemeinden auf Kosten der Wirtschaftlich Schwächerer geht. Im Schlußwort betonte Gen. Kästner, daß man Recht gelten lassen müsse; wo jedoch abgebaut werden muß und Schlichtungsverbände erforderlich seien, müßten die Gemeinden auch das notwendige Unterlagematerial beschaffen, damit richtig beurteilt werden könne. Im allgemeinen liege es aber in der Hand der Gemeindevertreter, die Beschaffung der Beamten und Anstellungen selbst nach Recht und Billigkeit zu regeln. Kästner.

Gruppe Oberachern

Die im alten Bahnhofhotel stattgefundene Gemeindevertreterkonferenz der Gruppe Achern, Oberachern, Kappelrodt, Bühl und Bihlertal hatte seitens der Gemeindevertreter im allgemeinen sehr lebhaftes Interesse. Vorsitzend Genosse Kästner referierte über die Aufstellung des Gemeindeverordnungsplans und gab u. a. an Hand von Beispielen Aufklärungen und Richtlinien in aktuellen kommunalpolitischen Tagesfragen. Seine lehrreichen, sachlichen Ausführungen fanden allgemeinen Beifall. Es wurde gewünscht, daß weitere Konferenzen zu diesem Zwecke abgehalten werden. Von der darauf folgenden Aussprache wurde reger Gebrauch gemacht. Die Konferenz beschloß einstimmig als nächsten Tagungsort Bühl (Grüner Baum). Mit Dankesworten an den Referenten schloß der 1. Vorsitzende die Tagung. Metzinger.

Gruppe Oberkirch

Am Sonntag, 18. Dezember, tagte im Gasthaus „zum Tor“ in Oppenau eine Gemeindevertreterkonferenz, die verhältnismäßig gut besucht war. Als Referent war Gen. Schmieber-Des be- zuzen, die Bad G. u. D. zu erläutern, welche Aufgabe es zur Zufriedenheit aller Anwesenden erziele. — Ausgehend von der politischen Zusammenfassung der Gemeindeverwaltung in unserer Gemeinde, wo unsere Partei in der Regel nur als kleine Oppositionsgruppe vertreten ist, betonte der Redner, daß es doppelt notwendig ist, wenn Kommunisten in unserer Gemeinde sind, daß jeder unserer Gemeindevertreter sich in die G. D. vertieft und den Inhalt in sich aufnimmt. Hierdurch nur wird er in die Lage versetzt, im Parlament derart aufzutreten, und die aufgeworfenen Fragen auf der Grundlage der gefälligen Bestimmungen zu behandeln, wie es dies das Allgemeinwohl erheischt. Der Bürgerauschuss habe nicht mehr viel zu sagen; er hat nur noch das Initiativrecht. Es ist wohl wenig, doch reicht es nach Ansicht des Referenten gerade noch, um nicht als Abstimmungsorgane zu gelten. Als letztes Mittel gegen ungelöste gemeindepolitische Probleme führt der Referent noch das Volksreferendum an, bei welchem er aber empfiehlt, nur bei sehr einschneidenden Fragen und hier auch nur im übertriebenen Maße Gebrauch zu machen. Die Stellung des Bürgermeisters und seines Aufgabenspektrums, sowie der Gemeinderäte wurde ebenfalls berührt. Auch die Frage des Bürgerrechts wurde gestreift und die Sachlage mit wenigen Sätzen geklärt.

Die Diskussionsredner streiften verschiedene einschlägige Fragen, u. a. Besoldung der Gemeindevorstände und Angestellten, Fürsorgeämter, Fürsorge im allgemeinen, die Gewerbesteuer, die Steuern überhaupt, auch wurden allgemein politische Gebiete gestreift. Der Referent, der einigemal während der Diskussion eintrat, vermittelte in seinem Schlußwort nochmals auf die Wichtigkeit einer gefunden Gemeindepolitik. Die Konferenz tagte von 4 1/2-5 1/2 Uhr und konnte der Vorsitzende nach Festlegung der nächsten Konferenz in B. u. S. mit dem Thema: „Gemeindeverordnungsplan“ mit Dankesworten an den Referenten die Konferenz schließen. —

Gruppe Philippsburg

Die Gruppenkonferenz der Gruppe Philippsburg am 18. Dezember war nur mäßig besucht. Vertreten war Philippsburg mit 7, Wieselthal mit 2, Oberbach mit 1, Suttlingen mit 3 Genossen. Nicht vertreten waren: Rheinsheim und Kirchach. Der scheinbare Besuch erklärt sich wohl aus der kalten Witterung und zweitens durch die Vorbereitungen der Vereine für die Weihnachtsfeier. Genosse G. er-Grünenbaum erläuterte ein ausführliches Referat über die Aufstellung des Vorschlags und die Stellung der so. Gemeindevertreter zu den einzelnen Positionen. Die Haltung der Genossen müsse sich nach den örtlichen Verhältnissen richten, jedoch ohne das Ziel der Partei aus den Augen zu lassen. Den Ausführungen des Referenten folgten alle Anwesenden mit größter Aufmerksamkeit. Einige Anfragen die gestellt wurden, wurden von Gen. Kästner beantwortet. Glid.

Gruppe Albstadt

Die am 18. Dezember stattgefundene Gruppenkonferenz hätte besser besucht sein dürfen. Der Referent, Gen. Kästner-Weingarten, erläuterte in leicht verständlicher Weise das, was ein so. Gemeindevertreter von der Aufstellung und Beratung des Vorschlags wissen muß. Es war nur schade, daß der Vortrag nicht bei einer größeren Versammlung gehalten werden konnte. Anwesend waren 5 Gemeinderäte aus den Orten Wilsdorf, Stettfeld, Zeuzern und Dornheim, sowie 11 Gemeindevorordnete und 4 sonstige Genossen. Die Diskussion dauerte nicht lange, so daß der Vorsitzende Gen. Kästner um 5 1/2 Uhr die Versammlung schließen konnte. Vor Schluß der Versammlung wurde festgestellt, daß bei der nächsten Gruppenkonferenz das Thema: „Soziale Fürsorge“ zu behandeln. Es fehlten: Weiber, Mensingen, Düringersen und Unterwiesheim. Duki.

Gruppe Weingarten

Die Gemeindevertreterkonferenz der Gruppe Weingarten fand im Gasthaus vom Ochsen in Gräfenhagen statt. Die Konferenz war von 8 Gemeindevorordneten und 25 Gemeindevorordneten besucht. Gen. D. er-Grünenbaum leitete die Versammlung. Referent Gen. Bürgermeister Weber-Bangsall, der das Thema: „Aufstellung des Gemeindeverordnungsplans“ in sachlicher und für jeden verständlichen Weise behandelte. In fast einheitlichem Vortrag lehrte er dar, wie sich der Vorschlag in Einkünfte und Ausgabe aufbaut. Das Wichtigste aber er wertvolle Punkte, wie es Parteigenossen in den Gemeindeparlamenten bei Aufstellung des Vorschlags machen oder auch nicht machen sollen. — In der Diskussion, an der sich mehrere Genossen beteiligten, wurden, verschiedene Anfragen an den Referenten gestellt. In ausführlicher Weise wurden diese von demselben beantwortet. Alles in allem darf festgehalten werden, daß die rühmlich verlaufene Konferenz von großem Nutzen war. Die nächste Konferenz soll im Monat März in Unterrombach stattfinden, mit dem Thema: „Die Steuerquellen der Gemeinde.“ Franz.

Unfälle. Am Samstag schienen in der Eiflinger Allee die Pferde eines mit Altsien beladenen Fuhrwerkes aus Verrenn...

Vorläufige Wettervorhersage der Badischen Landeswetterwarte

Die bisher stillen Standbedingungen im Vorderen baltischen Rauff...

Veranschaulichte Witterung für Dienstag, den 3. Januar: Die...

Wasserstand des Rheins

Schulterhöhe 58; Rehl 175, Gef. 7; Maxau 365, Gef. 6; Mannheim 248, Gef. 8 Zentimeter.

Aus den Vororten

Küppurr

Zumkehr im Stadtteil Küppurr. Da die Uhr auf der evan-

Gerichtszeitung

Der Traum von Afrika

Im Karlsruhe, 29. Dez. Zwei junge Burden von 19 Jahren, der Kaufmann Richard Biedermann und der Metzger Hermann Lindenfeller...

liche Summe von 5000 M. Anfang Dezember führten die beiden Burden ihren Plan aus...

Die beiden abenteuerlichen Jäger hatten sich wegen schwerer Unzufriedenheit in Lateinisch mit Betrugsversuch zu verantworten...

Aus der Stadt Durlach

Die Jungsozialisten Durlachs treffen sich am Montag im neuen Jugendheim (gegenüber dem Genosse Mauerle)...

Berichtigung!

Auf der Glückwunschkarte mit den Anzeigen Durlach-Anzeiger bei der Anzeige Volksfreund...

Schweinemarkt am 31. Dez. Der Markt war befahren mit 36 Käuferfleischweinen und 66 Verkäuferfleischweinen...

Briefkasten der Redaktion

Bauarbeiter. Die Verhandlungen hatten das Ergebnis, daß die Parteien zum Besuche der Erwerbslosenunterstützung...

Veranstaltungen des heutigen Tages

Bad. Landesbühnen: Das vierte Gebot. Von 20-22.30 Uhr. Gloria-Palast: Der Fürst von Pappenheim...

Zwiegespräch

Frau A.: Tomatenjuppe wollen Sie jetzt im Winter kochen? Es gibt doch keine frischen Tomaten zu erschwinglichen Preisen...

Es dürfte wohl wenig Hausfrauen geben, denen der altbekannte Kaffeeguß nicht bekannt ist...

Lesen den Volksfreund

Inventur-Ausverkauf beginnt am Montag, den 2. Januar 1928 und überbietet alles, was bisher geleistet worden ist! Es ist bekannt, daß ich nur erstklassige Qualitäten führe...

Badisches Landestheater Montag, den 2. Januar 1928 Das vierte Gebot von August Strindberg...

3 billige Kurzwaren-Tage Montag Dienstag Mittwoch Kunstseidene Träger für Wäsche...

Badische Lichtspiele / Konzerthaus Am Montag, 2., bis Donnerstag, 5. Januar, 20.15 Uhr, Mittwoch auch 16 Uhr...

Über 100 guterhaltene Maß-Anzüge Mäntel, Ueberz. von 100 RT. an in all. Gr. u. Farb. usw. Gebros. Smoking- und Eutowahanzüge...

Durlacher Anzeigen. Gemeinde-, Kreis- und Gebäudesondersteuer. Die Zahlungspflichtigen werden hiermit aufgefordert...

Volks-Hochschule Raffatt Morgen Dienstag, 3. Januar, abends 8 Uhr im „Museum“, Vortrag die Schriftstellerin Elisabeth Selig-Weiss (Reidelberg) über Kleist und Hölderlin...

Ein Film aus den Schicksalstagen amerikanischer Kolonisation Mit Ronald Colman und Vilma Banky Musikbegleitung: Polizei-Kapelle 9245 Kartenvorverkauf, Preise und Ermäßigungen wie üblich

Künstl. Zähne pro Zahn 3 Mark. Ober- und Untergebis 30 Mark. - Reparaturen innerhalb einiger Stunden, auch Sonntags. - Der Weg nach Durlach lohnt sich. Eg. Thron, Dentist, Durlach, Jägerstr. 48.